



Konrad
Adenauer
Stiftung

WAS EUROPA AUSMACHT

NAMEN, DATEN UND FAKTEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

MELANIE PIEPENSCHNEIDER | BURKARD STEPPACHER
(HRSG.)

ISBN 978-3-939826-34-7



© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin
Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

Foto: imageshop

Satz: workstation gmbh, produktionsservice für
analoge und digitale medien, Bonn.

Druck: Druckerei Franz Paffenholz, Bornheim.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-34-7

INHALT

5 | VORWORT

7 | DIE ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION UND IHRE PERSPEKTIVEN *Matthias Belafi | Heiner Timmermann*

29 | GROSSE CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE EUROPAPOLITIKER. EUROPÄISCHE BIOGRAPHIEN

41 | WICHTIGE STATIONEN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION. EUROPACHRONIK

47 | BEDEUTENDE ERKLÄRUNGEN VON CHURCHILL BIS MERKEL. REDEN FÜR EUROPA

61 | CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIKER. NAMEN IN EUROPA

- *Die christlich-demokratischen Vorsitzenden während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007*
- *Die Abgeordneten der CDU/CSU im Europäischen Parlament 2004-2009*
- *Die christlich-demokratischen Mitglieder der Europäischen Kommission 2004-2009*
- *Die christlich-demokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments*
- *Chronik der christlich-demokratischen Präsidenten der Europäischen Kommission*
- *Chronik der christlich-demokratischen Präsidenten des Europäischen Parlaments*

67 | PUBLIKATIONEN UND INTERNETSEITEN ZUR EUROPÄISCHE UNION

75 | HERAUSGEBER, AUTOREN UND MITARBEITER

VORWORT

Die deutsche Ratspräsidentschaft 2007 eröffnet die Chance, das Projekt Europa neu zu beleben – und in Politik und Gesellschaft in Deutschland neue Begeisterung für ein geeintes Europa zu entfachen. Die Leidenschaft der Gründungsväter für Europa und die Notwendigkeit, für ein Leben in Frieden und Wohlstand die europäische Integration voranzutreiben, kann nicht häufig genug vergegenwärtigt werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung bietet dazu mit diesem Handbuch eine aktuelle Handreichung an. Von einer Bestandsaufnahme der Europäischen Integration bis hin zu Übersichten der derzeit in der Europapolitik wirkenden christlich-demokratischen Politiker gibt das Handbuch praxisorientierte und aktuelle Informationen. Die bedeutendsten Reden und Erklärungen von 1949 bis heute werden ebenso aufgeführt wie relevante Internetseiten oder vertiefende Literaturhinweise. Bei der Fülle des Materials mussten wir eine Auswahl treffen. Wir bitten um Verständnis, dass wir nicht alles in diese Broschüre aufnehmen konnten.

Schauen Sie auch auf unserer Internet-Seite nach: Unter www.kas.de finden Sie ein Portal zur EU-Ratspräsidentschaft, in das wir ständig aktualisierte Hinweise auf wichtige Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Konrad-Adenauer-Stiftung einstellen.

Berlin, im März 2007

Melanie Piepenschneider | Burkard Steppacher

DIE ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION UND IHRE PERSPEKTIVEN

Matthias Belafi | Heiner Timmermann

„Europa wird nicht mit einem Schläge hergestellt.“

Robert Schuman

Die Entwicklung der Europäischen Integration war seit jeher von Erfolgen und Rückschlägen geprägt. Obwohl schon vor 1945 verschiedene Pläne für eine Einigung des Kontinents vorlagen, begannen erst nach dem Zweiten Weltkrieg die erfolgreichen Schritte zur Integration im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften. Trotz dieser Erfolgsgeschichte war die weitere Entwicklung der Union von Höhen und Tiefen geprägt. So bestätigt auch die aktuelle Diskussion um die Ratifikation der Europäischen Verfassung die Worte Robert Schumans, dass Europa „nicht mit einem Schläge hergestellt“ werde.

I. EUROPÄISCHE EINIGUNGSPLÄNE DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Obwohl das 20. Jahrhundert in besonderem Maße von zwei europäischen Bruderkriegen geprägt war, haben die Kriegphasen sowie die Zwischenkriegszeit auch eine Fülle von Einigungs- und Friedensplänen, sowohl aus dem privaten als auch dem staatlichen Bereich, hervorgebracht.

Die Paneuropa-Idee Coudenhove-Kalergis

Zu jenem zählt die Paneuropa-Idee des Grafen Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894-1972),¹ der 1923 in dem programmatischen Buch *Paneuropa*² seine Vorstellungen eines europäischen Zusammenschlusses entwarf. Seine Idee eines europäischen Staatenbundes fand außerordentlichen Anklang und führte in vielen europäischen Ländern zu Sektionsgründungen der von ihm initiierten und geleiteten Paneuropa-Bewegung. Coudenhove-Kalergi zeichnete mit Kriegsszenarien, einer Bedrohung des zersplitterten Kontinents durch Russland sowie einem drohenden wirtschaftlichen Ruin drei Gefahren für Europa nach, dessen einzige Rettung er in „Paneuropa“ sah, einem Zusammenschluss aller demokratischen Staaten Kontinentaleuropas zu einem wirtschaftlichen und politischen Zweckverband. Dabei zählte er Russland und England nicht zu Paneuropa. Dieses Paneuropa sollte in vier Schritten verwirklicht werden: erstens eine Gruppierung der europäischen Staaten, zweitens ein Abschluss obligatorischer Schiedsverträge und gegenseitige Grenzgarantie zwischen den Staaten Europas, drittens ein Defensivbündnis zum Schutze der gemeinsamen Ostgrenze sowie viertens die Anbahnung einer Zollunion. So visionär die Konzeption Coudenhoves auch war, großen politischen Einfluss konnte sie nicht gewinnen.

Das Memorandum der französischen Regierung über die Organisation einer europäischen Bundesordnung

Eine Initiative von staatlicher Seite ging vom französischen Ministerpräsidenten Aristide Briand³ aus, der am 5. September 1929 der Völkerbundsversammlung seine Grundgedanken über die europäische Einigung vortrug. Die Außenminister der europäischen Staaten baten Briand, seine Ideen in einem Memorandum zusammenzufassen, das acht Monate später, am 1. Mai 1930, der Öffentlichkeit übergeben wurde.⁴ Da das Memorandum einen Mangel an Zusammenhalt in Europa als das ernsthafteste Hindernis für eine politische Einigung und eine wirtschaftliche Expansion analysierte, schlug die französische Regierung einen Vertrag vor, der die Solidarität zwischen den europäischen Staaten feierlich bekräftigen sollte. Konkrete Strukturen der europäischen Einigung sollten eine „Europäische Konferenz“ aus allen europäischen Regierungen, die Mitglieder des Völkerbundes waren, ein ständiger politischer Ausschuss als Vollzugsorgan sowie ein Sekretariat zur Durchführung der Beschlüsse bilden. Als Ziel der Organisation schwebte Frankreich die Errichtung

eines politischen Bundes sowie eine gegenseitige Annäherung der europäischen Volkswirtschaften vor. Das Memorandum appellierte: „Nie war die Stunde günstiger und nie war es dringender, ein Werk des Aufbaus in Europa zu schaffen. [...] Es ist eine Entscheidungsstunde, wo ein waches Europa sein Schicksal selbst bestimmen kann. Einig sein, um zu leben und zu gedeihen – das ist die gebieterische Notwendigkeit, vor der fortan die Völker Europas stehen.“⁵ Die Reaktionen der europäischen Regierungen⁶ waren zwar im Grundsatz positiv, aber auch hinhaltend und unverbindlich. Letztlich verständigte man sich im September 1930 lediglich auf die Einrichtung einer „Studienkommission für die Europäische Union“, die jedoch nach einigen Sitzungen ihre Arbeit einstellte.⁷

II. DIE TATSÄCHLICHE EINIGUNG EUROPAS NACH 1945

Nachdem die europäischen Einigungsinitiativen der Zwischenkriegszeit nicht von Erfolg gekrönt waren, entstanden erst durch den moralischen und materiellen Zusammenbruch, den Europa durch die totalitären Diktaturen – insbesondere den Nationalsozialismus in Deutschland – und den Zweiten Weltkrieg erlebte, neue Impulse, die Staaten des Kontinents zusammenzuführen. Insbesondere konnten die politischen Akteure auch auf Europa pläne der Widerstandsbewegungen zurückgreifen.⁸

Den europäischen Staatsmännern der frühen Nachkriegszeit ist es zu verdanken, dass diese Phase europäischer Euphorie in der Nachkriegszeit aber nicht erneut in Initiativen stecken blieb, sondern in eine langfristige, tiefgreifende Zusammenarbeit der europäischen Staaten mündete. Westeuropa beschritt nun einen in der Geschichte bisher nie da gewesenen Weg der Integration. Dieser Weg bot Antworten auf die aktuellen Fragen der Zeit: die Erhaltung des Friedens, der Wiederaufbau des zerstörten Europas, die Positionierung Europas im System der Supermächte, der Kalte Krieg sowie die Deutsche Frage. Da die christdemokratischen Parteien mit ihrem wertgebundenen Politikangebot der politischen Mitte eine herausragende Rolle in den westeuropäischen Staaten spielten, ist es nicht verwunderlich, dass unter den Gründungsvätern Europas die Christlichen Demokraten auch besonders stark vertreten waren. Dabei werden immer wieder der französische Ministerpräsident Robert Schuman, der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und der italienische Ministerpräsident Alcide De Gasperi genannt, die insbesondere vor ihrem gemeinsamen persönlichen Hintergrund – alle drei waren überzeugte und praktizierende Christen und entstammten

Grenzgebieten ihrer Heimatländer – durch ihre grundlegenden Weichenstellungen die Europäische Integration bis heute geprägt haben. Hinzu kommen aber auch andere bedeutende Christliche Demokraten wie der luxemburgische Premierminister Joseph Bech; aus anderen politischen Strömungen sind insbesondere Jean Monnet und der belgische Sozialist Paul-Henri Spaak zu nennen.

Der Schuman-Plan 1950 und die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Den mutigsten und zukunftsreichsten Einigungsversuch seit dem Ende des Krieges leitete indes der französische Außenminister Robert Schuman⁹ am 9. Mai 1950 ein. In einer Regierungserklärung schlug er vor, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohlen- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Oberste Aufsichtsbehörde (Haute Autorité) zu stellen“. Eigentliches Ziel der Erklärung war jedoch, „den ersten Grundstein einer europäischen Föderation [zu] bilden, die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist.“ Dafür war die Gemeinschaft für Kohle und Stahl nur ein Schritt: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der jahrhundertalte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird.“¹⁰ Dieser Ansatz durchzieht die europäische Integration bis heute: Nicht Staaten sollten zusammengelegt werden, sondern bestimmte Funktionen der Staaten, und hierfür sollten Kohle und Stahl als eine Schlüsselindustrie, die insbesondere auch für die Kriegsführung von hoher Bedeutung gewesen war, einen vielversprechenden Anfang bilden.

Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer begrüßte sogleich den Schuman-Plan, über den er zuvor durch einen Emissär in Kenntnis gesetzt worden war. Adenauer und die deutsche Bundesregierung wurden auch zu einer treibenden Kraft in den weiteren Verhandlungen, die am 18. April 1951 in der Unterzeichnung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) mündeten. Hauptziel des Vertrages war die Sicherung des innereuropäischen Friedens durch die „Vergemeinschaftung“, also die gegenseitige Kontrolle, der kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl, sowie die Sicherstellung dieser entscheidenden Produktionsfaktoren für den Wiederaufbau nach dem

Zweiten Weltkrieg. Gründerstaaten der EGKS waren Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Der Vertrag trat am 23. Juli 1952 in Kraft; er war auf fünfzig Jahre angelegt und ging am 23. Juli 2002 in der Europäischen Union auf. Die Erklärung vom 9. Mai 1950 hat damit die kühnsten Hoffnungen und Erwartungen übertroffen und ist schließlich zur Keimzelle der heutigen Europäischen Union geworden.

Innenpolitisch musste dieser erste Schritt der Europäischen Integration aber gegen die Opposition durchgesetzt werden. So ratifizierte der Deutsche Bundestag am 11. Januar 1952 den Vertrag gegen die Stimmen der SPD. Wie Bundeskanzler Adenauer bei der ersten Beratung des EGKS-Vertrages am 12. Juli 1951 vor dem Bundestag ausführte, war der Aufbau der Gemeinschaft angelegt, als Vorbild für etwaige weitere Integrationsverhandlungen in Europa zu dienen. Die Konstruktion sollte somit über den vergemeinschafteten Wirtschaftsbereich hinaus als Antrieb für eine Zusammenarbeit auf weiteren Gebieten wirken.¹¹

Der Rückschlag durch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft

So verwundert es nicht, dass parallel zur Ratifikation des EGKS-Vertrages Verhandlungen über den Pleven-Plan zur Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) geführt wurden, die am 9. Mai 1952 abgeschlossen wurden. Der EVG-Vertrag sah eine nahezu vollständige Integrierung der Verteidigungskräfte der Teilnehmerstaaten zu einer „Europa-Armee“ sowie eine Beistandsverpflichtung vor – ein so weit gehender Schritt, wie er auch heute noch nicht wieder diskutiert wird.

Die Planungen gingen jedoch noch über die Verteidigungsgemeinschaft hinaus: Da eine gemeinsame Armee ohne eine gemeinsame Außenpolitik kaum möglich ist, beschloss die Außenminister der Sechs auf Initiative des französischen und italienischen Außenministers Schuman und De Gasperi¹² auf einer Sonderkonferenz unter Vorsitz von Bundeskanzler Adenauer am 10. September 1952 in Luxemburg, einer im Vorgriff auf die EVG gebildeten Gemeinsamen Versammlung den Auftrag zu erteilen, einen Vertragsentwurf für eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) auszuarbeiten. Die am 13. September 1952 gebildete präkonstitutionelle Ad-hoc-Versammlung setzte einen Verfassungsausschuss ein, der den CDU-Politiker Heinrich von Brentano zu seinem Vorsitzenden

wählte.¹³ Die SPD lehnte indessen eine Mitarbeit an dem Projekt ab, weil für sie die deutsche Einigung in zeitlicher Reihenfolge vor der westeuropäischen Integration stehen musste.

Mit dem Beschluss der Französischen Nationalversammlung am 30. August 1954, sich noch nicht einmal mit dem EVG-Vertrag zu befassen, scheiterte aber nicht nur die Verteidigungsgemeinschaft, sondern auch die Europäische Politische Gemeinschaft. Die Folge dieses Scheiterns war die Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954, durch die das Besatzungsregime in Deutschland beendet, der Bundesrepublik eine Teil-Souveränität eingeräumt und der NATO-Beitritt der Bundesrepublik ermöglicht wurde. Mit diesen grundsätzlichen, weitsichtig angestrebten und umgesetzten Entscheidungen Adenauers¹⁴ zur Westintegration der Bundesrepublik wurden die Grundlagen gelegt für alle weiteren Integrationsschritte Europas bis hin zum heutigen Verfassungsvertrag. Aber mehr noch: Durch die Festigkeit in der Integrationspolitik und dem Start und Ausbau der transatlantischen Beziehungen in der Atlantischen Allianz wurden die Fundamente gelegt, auf denen schließlich die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 durch den Zwei-Plus-Vier-Vertrag zustimmten. Adenauers Europapolitik stand unter dem Zeichen des Kalten Krieges. „Freiheit vor Einheit“ hieß seine Losung in Sachen Wiedervereinigung. Dabei lehnte er eine Neutralität der Bundesrepublik – wie Jahre später Helmut Kohl – ab. Die Aussöhnung mit Frankreich betrachtete er als eine wesentliche Voraussetzung für die Integration Europas. Adenauer hat mit seiner Politik der Westintegration die Bundesrepublik in erstaunlich kurzer Zeit aus dem materiellen und moralischen Chaos herausgeführt, sie nach außen zu einem geachteten politischen Faktor in der westlichen Welt werden lassen und mit den Grundstein für ein vereinigtes Europa gelegt.

Die Römischen Verträge 1957

Durch das Scheitern der Verteidigungsgemeinschaft 1954 hatte die Europäische Integration ihren ersten Rückschlag erlitten. Von dieser Krise erholten sich die Europäer aber bereits auf der Konferenz von Messina Anfang Juni 1955. Dort einigten sich die Außenminister der Mitgliedsstaaten darauf, die Integration wieder in Fahrt zu bringen, indem sie auf weitere Wirtschaftsgebiete ausgedehnt werden sollte. Dies mündete in Verhandlungen über neue Verträge zur Gründung einer Europäischen

Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie einer Europäischen Atomgemeinschaft (EAG oder EURATOM). Am 25. März 1957, vor nunmehr fünfzig Jahren, unterzeichneten die sechs Mitgliedstaaten der Montanunion – Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Niederlande und Luxemburg – die sogenannten „Römischen Verträge“, die Gründungsverträge der EWG und EAG, die am 1. Januar 1958 in Kraft traten.¹⁵

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sah eine Zollunion mit freiem Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr vor und war die konsequente Fortsetzung des Wegs einer wirtschaftlichen Integration. Mit der Europäischen Atomgemeinschaft wurde eine Zukunftstechnologie vergemeinschaftet, die einerseits durch ihre friedliche Nutzung im Energiebereich von großer Bedeutung war, andererseits aber auch als ein kriegswichtiges Gut der gegenseitigen Kontrolle unterworfen wurde. Dabei blieb Euratom aber immer im Schatten der EWG; es ist daher bezeichnend, dass der EURATOM-Vertrag im Gegensatz zum EGKS und EWG-Vertrag im Laufe der Zeit keinen substantiellen Veränderungen unterlag. Im Unterschied zum 2002 ausgelaufenen EGKS-Vertrag ist die Dauer des EURATOM-Vertrages unbeschränkt; die Europäische Atomgemeinschaft wird nach Inkrafttreten der Europäischen Verfassung als hierzu angefügtes Protokoll fortgeführt. Alle drei Gemeinschaften – EGKS, EWG und EAG – bildeten zusammen die Europäischen Gemeinschaften, deren Institutionen im Jahr 1967 zusammengefasst wurden.

Die Römischen Verträge wurden im Juli 1957 mit großer Mehrheit vom Bundestag angenommen. Mit der Zustimmung der SPD zur Ratifizierung ging die lange Periode europapolitischer Gegensätzlichkeit zwischen Regierungsparteien und Opposition in der Bundesrepublik zu Ende. Durch die Anerkennung und neuerliche Unterstützung des europapolitischen Integrationskurses Adenauers war seitdem eine grundsätzliche gemeinsame Basis für die deutsche Europapolitik gegeben.

Die Integrationsflaute der 1960er und 1970er Jahre

Nach Abschluss der Römischen Verträge kam es zunächst für längere Zeit zu keinen vertraglichen Änderungen mehr. Dennoch entwickelte sich die Integration mit Fortschritten und Rückschlägen weiter: Die „Politik des Leeren Stuhls“, mit der Frankreich Mitte der 1960er Jahre die Entscheidungen der EG blockierte, konnte zwar mit dem „Luxemburger

Kompromiss“ scheinbar überwunden werden, jedoch nur zum Preis, dass für die Entscheidungen der Gemeinschaft auch weiterhin Einstimmigkeit erforderlich war. Der Übergang zu Mehrheitsentscheidungen war damit für lange Zeit ausgehebelt. Daneben scheiterte der 1971 vorgelegte, nach dem luxemburgischen Premierminister benannte Werner-Plan, der die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion vorsah.

Erfolgreicher war dagegen die Erweiterung der EG: Nachdem Frankreich noch 1963 und 1967 zweimal den Beitritt Großbritanniens verhindert hatte, kam es 1973 zu einer ersten Erweiterung der Gemeinschaft durch die Aufnahme Großbritanniens, Irlands und Dänemarks. Die Süderweiterung der EG erfolgte später in den 1980er Jahren mit Griechenland (1981) sowie Portugal und Spanien (1986).

Inhaltliche Fortschritte waren die Koordinierung der europäischen Außenpolitik in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) im Jahr 1970, die Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) 1979 sowie die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments im selben Jahr. Alles in allem war die Vertiefung der Integration aber in der Phase des Ausgleichs zwischen Ost und West in den 1970er Jahren weit zurückgeblieben. Die Union hielt indessen ihren europapolitischen Anspruch auch als Oppositionspartei aufrecht. Zur europapolitischen Philosophie der CDU gehörte, die Sicherung der Bundesrepublik Deutschland in einem freien und geeinten Deutschland als die entscheidende Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zu betreiben. In diesem Sinne hat auch das CDU-Grundsatzprogramm von 1978 den Vorrang der europäischen Einigung ausgelegt: „Nur zusammengeschlossen kann das freie Europa [...] dazu beitragen, die Spaltung Europas und damit auch Deutschlands zu überwinden.“¹⁶

III. DIE ÜBERWINDUNG DER EUROPÄISCHEN KRISE UND DER TEILUNG EUROPAS

Als die Europäische Integration bis zum Beginn der 1980er Jahre kaum noch Fortschritte erzielte und in eine tiefe Krise geraten war, sprach man von der Europamüdigkeit als einer „Eurosklерose“. Erst das Zusammentreffen von Politikern mit ausgeprägter europäischer Gesinnung in den 1980er Jahren führte wieder zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit. Dazu zählte, dass der Franzose Jacques Delors¹⁷ den Vorsitz der Europäischen Kommission übernahm; neue Impulse kamen aber vor

allem auch durch Helmut Kohl, der 1982 deutscher Bundeskanzler wurde und mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand den deutsch-französischen Motor wieder in Gang brachte.¹⁸ Der Europäer Kohl verkörperte die Ziele der Europapartei CDU, die z.B. in ihrem Aufruf zur zweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1984 die Umwandlung der EG in einen Bundesstaat, die Verabschiedung einer Europäischen Verfassung, die Schaffung einer einheitlichen europäischen Außenpolitik, die Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb der EG, die Harmonisierung von Steuern oder die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion als ihre ehrgeizigen europapolitischen Ziele benannte. Erst in ihrem 1994 verabschiedeten Grundsatzprogramm „Freiheit in Verantwortung“ verabschiedete sich die CDU vom Ziel eines europäischen Bundesstaates. Dennoch strebt die Partei die Vollendung einer Politischen Union an.¹⁹ Diese hochgesteckten Ziele verfolgte Kohl in seiner Regierungspolitik mit großem europapolitischen Einsatz, für den er schließlich von den Staats- und Regierungschefs der EU im Jahr 1998 mit dem – nach Jean Monnet erst zum zweiten mal verliehenen – Titel des „Ehrenbürgers Europas“ geehrt wurde. Kohl schaffte es insbesondere, die deutsch-französische Freundschaft nicht nur auszubauen, sondern auch als Grundlage und Motor der europäischen Einigung zu revitalisieren.

Obwohl die deutsch-italienische Genscher-Colombo-Initiative 1982 und der Entwurf für eine Europäische Verfassung, den das Europäische Parlament 1984 verabschiedete, noch nicht von Erfolg gekrönt waren, zeugten sie doch von einem neuen europäischen Aufbruch. 1986 wurde mit der „Einheitlichen Europäischen Akte“ schließlich der Durchbruch erzielt, als sich die Mitgliedstaaten der EG auf eine Revision der Gemeinschaftsverträge einigten. Kommissionspräsident Delors wurde zu einem weiteren Motor, der mit dem „Delors-Paket“ eine Reform des Finanzierungssystems, der Gemeinsamen Agrarpolitik und eine Aufstockung des Strukturfonds initiierte sowie darüber hinaus einen Drei-Stufen-Plan zur Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion vorlegte.

In diesen Aufschwung der europäischen Integration hinein fiel die friedliche Revolution in Mittel- und Osteuropa, die den Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen mit sich brachte. Als sich im Zuge dessen auch die Möglichkeit einer Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands abzeichnete, verhielten sich einige europäische Partner zunächst reserviert oder gar ablehnend.²⁰ Die Angst, das wiedervereinigte Deutschland könne sich von der europäischen Integration abwenden, erwies sich al-

lerdings als unberechtigt. Nicht nur Kohl wusste um die Bedeutung der kontinentalen Einigung für Deutschland als „Zentralmacht Europas“²¹. Die Bundesrepublik hatte nicht nur in der Zeit des Kalten Kriegs durch Stabilität, Sicherheit und Frieden, sondern auch durch wirtschaftliche Prosperität von der Integration profitiert. Die deutsche Politik nach 1989 hat aber rasch herausgestellt, dass dieses Interesse Deutschlands an einer europäischen Einigung dauerhaft ist. Nicht zuletzt profitiert Deutschland auch heute politisch und wirtschaftlich enorm von der Verflechtung mit seinen europäischen Partnern, insbesondere auch mit den neu hinzugekommenen EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa.

Kohl stellte mit dem Schlagwort der „zwei Seiten derselben Medaille“ von Anfang an die gegenseitige Bedingung von deutscher Einheit und europäischer Einigung heraus. In seinem Zehn-Punkte-Programm vom Dezember 1989 führte Kohl vor dem Deutsche Bundestag aus: „Den Prozess der Wiedergewinnung der deutschen Einheit verstehen wir immer auch als europäisches Anliegen. Er muss deshalb auch im Zusammenhang mit der europäischen Integration gesehen werden. [...] Die Verknüpfung der deutschen Frage mit der gesamteuropäischen Entwicklung und den West-Ost-Beziehungen [...] ermöglicht eine organische Entwicklung, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt und - dies ist unser Ziel - einer friedlichen und freiheitlichen Entwicklung in Europa den Weg bahnt.“²² Die Maxime des Zusammenhangs von deutscher Einheit und der weiteren Integration beherzigte Kohl auch in der nachfolgenden Regierungskonferenz, so dass die deutsche Einheit im Zuge der wieder in Schwung gekommenen Integration Europas als zusätzlicher Katalysator wirkte, der zu den großen Einigungsfortschritten des Maastrichter Vertrages beitrug.

Der Maastrichter Vertrag vom 7. Februar 1992

So verfolgten die europäischen Partner – unter ihnen Kohl und Mitterrand – angesichts des Umbruchs in Mittel- und Osteuropa zunächst eine Strategie der „Vertiefung vor Erweiterung“. Denn der Vertrag von Maastricht, der auf der Tagung des Europäischen Rates am 9./10. Dezember 1991 in Maastricht beschlossen und am 7. Februar 1992 unterzeichnet wurde, stellte die bis dahin größte Änderung der Verträge seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft dar und bezeichnete sich selbst als „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ (Artikel A EUV). Mit dem Vertrag wurde eine Europäische Union

begründet, die sich auf drei Säulen stützt. Die bereits bestehenden Europäischen Gemeinschaften bilden dabei die erste, supranational organisierte Säule. Sie wurde jedoch um eine intergouvernementale Zusammenarbeit ergänzt, nämlich durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) als zweiter und einer Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz (ZIJ) als dritte Säule. Über diesen drei Säulen bildete die neue Union das Dach der Konstruktion. Sie stelle – wegen des zwischenstaatlichen Charakters der Zusammenarbeit in der Innen- und Außenpolitik – zwar nach wie vor keine wirkliche politische Union dar; dennoch war die Einbindung dieser Politikfelder in die europäische Integration ein enormer Erfolg: Die GASP war wesentlich verbindlicher als die von ihr abgelöste EPZ, und im Bereich Inneres und Justiz wurde erstmals eine Zusammenarbeit in Fragen der Asylpolitik, der Bekämpfung von internationalem Betrug und Terrorismus sowie in Zivil- und Strafsachen vereinbart. Bedeutende Neuerungen ergaben sich aber auch in der ersten Säule der Europäischen Gemeinschaft, da der EG-Vertrag nun die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion und damit die Einführung des Euro 2002 vorsah. Dem Europäischen Parlament wurden mit dem Mitentscheidungsverfahren mehr Rechte eingeräumt, der Ausschuss der Regionen (AdR) neu eingerichtet, die Subsidiarität als Strukturprinzip verankert. Nicht zuletzt führte der Vertrag von Maastricht eine Unionsbürgerschaft für die Bürger der EU ein.²³

Sowohl die Gründung der EU als auch die Wirtschafts- und Währungsunion waren nicht nur Meilensteine, sondern geradezu ein Quantensprung in der Entwicklung der Europäischen Integration. So enorm dieser lang ersehnte Schritt des Maastrichter Vertrages auch war, genauso umstritten blieb er: In Dänemark scheiterte die Ratifikation des Vertrages zunächst in einer Volksabstimmung; erst nachdem man den Dänen das Recht eingeräumt hatte, an verschiedenen Schritten wie der Währungsunion nicht teilnehmen zu müssen, stimmte das Land in einem zweiten Referendum zu. Auch in Deutschland kam es zu einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, so dass sich das Inkrafttreten des Vertrages vom geplanten Datum des Jahresbeginns 1993 auf den 1. November 1993 verzögerte. Gleichzeitig wurde im Maastrichter Vertrag aber auch festgelegt, in wenigen Jahren den Reformbedarf der EU neu zu prüfen. Maastricht wurde so zum Ausgangspunkt eines Reformmarathons an den Europäischen Verträgen in den 1990er Jahren.

Über Amsterdam (1997) nach Nizza (2000)

Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde von den EU-Staats- und Regierungschefs am 16./17. Juni 1997 die nächste Reform beschlossen. Der Vertrag wurde am 2. Oktober 1997 unterzeichnet und trat am 1. Mai 1999 in Kraft. Er veränderte und ergänzte den Vertrag von Maastricht mit dem Ziel, die Europäische Union auch nach einer bevorstehenden Erweiterung um die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas handlungsfähig zu halten. Eine umfangreiche Reform der EU war auf dem Gipfel jedoch nicht möglich; es blieben nach wie vor Themengebiete übrig, über die man sich nicht hatte einigen können. Zu diesen sogenannten *left-overs* gehörten u.a. die Frage des Übergangs zu Mehrheitsbeschlüssen in weiteren Politikbereichen, die gleichberechtigte Mitbestimmung des Europäischen Parlaments mit dem Ministerrat, die Stimmengewichtung im Rat sowie die Größe und Zusammensetzung der Europäischen Kommission.²⁴ Da die Lösung dieser Fragen aber für die Erweiterungsfähigkeit der Union erforderlich schienen, waren vor der Osterweiterung weitere Reformen nötig. So war der Vertrag von Amsterdam noch nicht einmal ein Jahr in Kraft, als die Mitgliedstaaten Anfang 2000 begannen, schon wieder über seine Änderung zu beraten. Dabei standen die *left-overs* von Amsterdam im Mittelpunkt der neuerlichen Regierungskonferenz. Der Vertrag von Nizza stellte die letzte Möglichkeit vor der Erweiterung dar, die Reformen zur Beibehaltung der Handlungsfähigkeit im größeren Europa durchzusetzen. Indes stellte der Europäische Gipfel, auf dem die neuerlichen Vertragsänderungen am 11. Dezember 2000 beschlossen wurden, erneut die Unfähigkeit der Mitgliedstaaten heraus, eine Einigung in den strittigen Fragen zu erzielen. Die Tagung des Europäischen Rats wurde zum längsten Gipfel in der Geschichte der Europäischen Integration, das Ergebnis fiel dafür umso magerer aus: Zwar wurden einige Fortschritte in bestimmten Bereichen erzielt (Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat und der Mitbestimmung des Europaparlaments), insgesamt erfüllte der Vertrag von Nizza aber nicht die an ihn gestellten Anforderungen. Beispielhaft für die Politik des kleinsten Kompromisses war die Frage der Stimmengewichtung im Ministerrat. In dieser Frage einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf ein hochkompliziertes Verfahren einer dreifachen Mehrheit, die nun für einen qualifizierten Beschluss erforderlich ist: eine Zweidrittelmehrheit der gewichteten Stimmen, die mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten darstellen, die wiederum 62 Prozent der Gesamtbevölkerung repräsentieren müssen. Solche Kompromisse waren weder das erhoffte, noch das erforderliche Ergebnis einer Reform der Entscheidungsmechanismen in der EU.²⁵

IV. DIE ENTSCHEIDUNG FÜR EINE EUROPÄISCHE VERFASSUNG

Da sich die Staats- und Regierungschefs dessen bewusst waren, wurde in Nizza gleichzeitig eine Erklärung verabschiedet, mit der der Post-Nizza-Prozess eingeleitet wurde. Es war offensichtlich, dass sich das Instrument der Regierungskonferenzen abgenutzt hatte und mit immer kleineren Schritten in verschiedenen Reformrunden bewiesen hatte, dass es nicht mehr fähig war, sich auf große Reformen der EU zu einigen. Deshalb besann man sich auf ein neues Modell, das sich im Vorfeld des Nizza-Gipfels bereits bewährt hatte: Im Jahr 2000 hatte ein Konvent die Grundrechtscharta der Europäischen Union erarbeitet, die in Nizza feierlich proklamiert worden war; zu einer Aufnahme in den Vertrag hatten sich die Staats- und Regierungschefs nicht durchringen können. Dieser Grundrechtskonvent unter dem Vorsitz des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog hatte unter Beteiligung von Vertretern der nationalen Regierungen, der nationalen Parlamente, des Europaparlaments und der Europäischen Kommission in einem relativ offenen und transparenten Prozess in kurzer Zeit die Charta der Grundrechte erarbeitet, die nun als Kern einer zukünftigen Europäischen Verfassung galt.²⁶ Auf dieses Konventsmodell kam der Europäische Rat zurück, als er ein Jahr nach Abschluss des Nizza-Vertrages im Dezember 2001 die Erklärung von Laeken verabschiedete. Mit ihr wurde ein Konvent zur Zukunft Europas eingesetzt und ein umfangreicher Fragenkatalog vorgelegt, der sich mit vier Themenbereichen beschäftigte: erstens eine schärfere Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, zweitens eine Vereinfachung der Gesetzgebungsinstrumente in der EU, drittens mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz sowie viertens eine Vereinfachung der Struktur der Verträge.

Die Entstehung des Verfassungsvertrages

So nahm der Verfassungskonvent bereits ein Jahr vor Inkrafttreten des Vertrages von Nizza am 1. Februar 2003 die Verhandlungen über ein neues Grundlagendokument auf, wobei sich bald herausstellte, dass bei der Benennung eines neuen Vertrages die Diskussionen sehr zielgerichtet auf eine Verfassung hinausliefen. Als Vorsitzenden des Konventes bestimmte der Europäische Rat den ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, unterstützt von zwei ehemaligen Ministerpräsidenten – Giuliano Amato aus Italien und Jean-Luc Dehaene aus

Belgien – als Stellvertreter. Insgesamt gehörten dem Präsidium zwölf Personen an, die aus allen im Konvent vertretenen Gruppen stammten. Das Plenum setzte sich nämlich zusammen aus einem Regierungsvertreter je Mitgliedstaat, je zwei nationalen Parlamentariern, sowie sechzehn Mitgliedern des Europäischen Parlaments und zwei Mitgliedern der Europäischen Kommission. Dabei wurden auch alle Beitrittskandidaten – sowohl die zehn im Jahr 2004 beigetretenen Staaten als auch Rumänien, Bulgarien und die Türkei – mit beteiligt, so dass dem Konvent insgesamt 105 Mitglieder angehörten. Innerhalb des Konvents organisierten sich die Mitglieder aber auch nach den politischen Familien in jeweilige Fraktionen. Die Gruppe der Konventsmitglieder, die der christdemokratischen Europäischen Volkspartei nahe standen, wurde dabei vom deutschen Europaparlamentarier Elmar Brok geleitet.²⁷

Die Arbeitsmethode des Konventes sollte sich durch eine besondere Offenheit und Transparenz sowie eine Beteiligung der Bürger und der Zivilgesellschaft auszeichnen. Zwar wurden durch die Öffentlichkeit der Sitzungen, mit einem Forum im Internet, einer Anhörung der Zivilgesellschaft im Konvent sowie der Abhaltung eines Jugendkonventes Zeichen dieser Offenheit und Beteiligung gesetzt, dennoch interessierten und beteiligten sich hauptsächlich organisierte Verbände und Lobbyisten an dem Prozess. Im Konvent wurde im Konsensverfahren beschlossen, d.h. es gab keine einzige Abstimmung; das Präsidium versuchte vielmehr den Mehrheitswillen innerhalb des Konventes zu verorten und die diskutierten Vorschläge entsprechend zu überarbeiten. Insofern kam dem Präsidium und insbesondere dem Konventspräsidenten Giscard eine besondere Bedeutung zu. Da Giscard nicht selten auch einen aristokratischen Führungsstil pflegte, war seine Rolle durchaus nicht unumstritten, auch wenn sie letztlich für die Ergebnisfindung hilfreich war. Nach nur siebzehn Monaten legt der Konvent am 18. Juli 2003 der italienischen Ratspräsidentschaft schließlich den Entwurf für einen einheitlichen Verfassungstext vor.²⁸

Im Anschluss durchlief dieser Verfassungsentwurf des Konvents noch eine Regierungskonferenz. Dort standen sich zwei Gruppen gegenüber: Deutschland und Frankreich als Befürworter eines „Durchwinkens“ ohne große Änderungen am Entwurf, auf der anderen Seite Polen und Spanien, die den Vorschlag zum Abstimmungsverfahren im Ministerrat ablehnten, weil ihnen im Nizza-Vertrag eine vorteilhafte Stimmengewichtung eingeräumt worden war, an der sie festhalten wollten. Die italienische

Ratspräsidentschaft, namentlich Ministerpräsident Silvio Berlusconi, war nicht in der Lage, zwischen den Parteien zu vermitteln, so dass der erste Verfassungsgipfel im Dezember 2003 scheiterte. Erst nachdem durch einen Regierungswechsel in Spanien Polen mit seiner Position alleine stand, konnte dank des Verhandlungsgeschicks der irischen Präsidentschaft in einem zweiten Anlauf am 18. Juni 2004 in Brüssel eine Einigung erzielt und nach geringen Änderungen der Vertrag über eine Verfassung für Europa beschlossen werden.

Die Verfassung und ihre Ratifikation

Dieser Verfassungsvertrag führt die bisherigen Verträge in einem Dokument zusammen und umfasst statt bisher rund 700 nur noch 448 Artikel, die – neben einer Präambel – in vier Teile gegliedert sind. Davon beinhaltet der erste die Grundbestimmungen zu Werten und Zielen sowie den Zuständigkeiten und Organen der Union und damit auch die institutionellen Neuerungen; als zweiter Teil wurde die Charta der Grundrechte rechtsverbindlich in die Verfassung aufgenommen. Der dritte und umfangreichste Abschnitt umfasst die Ausführungen zu den Organen und Politiken der Union und besteht überwiegend aus Bestimmungen des bislang bereits geltenden EG-Vertrages, während im vierten Abschnitt lediglich Übergangs- und Schlussbestimmungen festgehalten sind.

Neben der klareren Abgrenzung der Zuständigkeitsverteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten bringt die Verfassung auch institutionell umfangreiche Neuerungen mit sich: die Einführung eines Präsidenten des Europäischen Rates sowie eines Europäischen Außenministers, der aus dem Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten und dem Hohen Vertreter für die GASP in einem „Doppelhut“ verschmilzt und von einem Europäischen Auswärtigen Dienst unterstützt wird, eine Stärkung des Europäischen Parlaments, das nun nahezu gleichberechtigt mit dem Ministerrat entscheidet und stärker an der Wahl des Kommissionspräsidenten mitwirkt, sowie eine Verkleinerung der Kommission ab dem Jahr 2014. Bei den Entscheidungsprozessen steht eine „doppelte Mehrheit“ im Ministerrat im Vordergrund, die mit dem Erfordernis von 55 Prozent der Mitgliedstaaten bei gleichzeitiger Repräsentation von 65 Prozent der Unionsbevölkerung zu einer Vereinfachung und höheren Transparenz in der Entscheidungsfindung führen soll. Hinzu kommt die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat, die Mitentscheidung des Parlamentes als Regelfall, die Verringerung und Vereinfachung der EU-Rechtsinstru-

mente ein Frühwarnmechanismus, mit dem nationale Parlamente bereits im Vorfeld der Gesetzgebung gegen mögliche Subsidiaritätsverstöße der EU vorgehen können, und die Einführung einer Bürgerinitiative auf europäischer Ebene.²⁹

Die Verfassung wurde von den Staats- und Regierungschefs am 29. Oktober 2004 feierlich auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Sarkastisch wurde dabei angemerkt, dass dies unter einer monumentalen Statue Papst Urbans VIII. (1623-1644) geschah, während man sich in der Verfassung weder auf einen Gottesbezug noch auf die Erwähnung der christlichen Wurzeln einigen konnte, sondern sich in der Präambel recht unbestimmt auf das „kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas“ beruft.³⁰ Nach der Ratifikation in den Mitgliedstaaten sollte die Verfassung am 1. November 2006 in Kraft treten. Dieser Prozess erlitt aber einen schweren Rückschlag, als sich sowohl die Bevölkerung in Frankreich am 29. Mai 2005 als auch in den Niederlanden drei Tage später in Referenden gegen die Europäische Verfassung aussprach. Gemeinsam mit dem zeitgleichen vorläufigen Scheitern der Finanzverhandlungen führte dies zu einer tiefen europäischen Krise, die derzeit zumindest noch als Verfassungskrise andauert. Der Europäische Rat im Juni 2005 in Brüssel hat als Reaktion auf die negativen Volksabstimmungen eine einjährige „Denkpause“ beschlossen, die jedoch weniger als Phase zum Denken denn als Pause vom Denken genutzt wurde. Nach einem Jahr beauftragte der Europäische Rat schließlich die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007³¹, die Möglichkeiten für eine Umsetzung der Verfassung mit den europäischen Partnern auszuloten und einen Bericht darüber vorzulegen.

Perspektiven für die Umsetzung der Verfassung

Ob der Verfassungsvertrag in der vorliegenden Form in Kraft treten kann, ist derzeit fraglich. Die deutsche Ratspräsidentschaft unter Bundeskanzlerin Merkel hat die Umsetzung des Verfassungsvertrages in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt; in einer Erklärung des Bundeskabinetts zur deutschen Ratspräsidentschaft vom 5. November 2006 heißt es: „Die Europäische Union ist eine politische Union und braucht ein grundlegendes Dokument, das klar und nachvollziehbar regelt, wie sie verfasst ist. Der von allen Regierungen unterschriebene und von der Mehrheit der Mitgliedstaaten verabschiedete EU-Verfassungsvertrag bietet hierfür nach wie vor die beste Grundlage. Die Bundesregierung wird ihr Mög-

lichstes tun, um den Auftrag des Europäischen Rates vom Juni 2006 zu erfüllen und einen Weg zu finden, den Verfassungsprozess erfolgreich fortzusetzen. Die Bundesregierung will damit die Chance für eine neue Dynamik im europäischen Einigungsprozess eröffnen.“³²

Dennoch ist der Weg zu einer Umsetzung der Verfassung oder zumindest ihrer wichtigsten Inhalte schwierig, da die Präsidentschaftswahlen in Frankreich Ende April bzw. Anfang Mai nur ein schmales Zeitfenster für eine Einigung bieten. Zudem wird sich der zweite Anlauf für eine Ratifikation in Frankreich und den Niederlanden schwierig gestalten und einige Unionsmitglieder wie Großbritannien, Tschechien oder Polen verlangen bereits umfangreiche Änderungen an der Verfassung oder stellen das Dokument gänzlich in Frage. Dennoch bleibt festzuhalten, dass der vorliegende Verfassungsvertrag bereits eine Einigung zwischen allen Mitgliedstaaten darstellt. Man darf nicht übersehen, dass trotz der Ratifikationsprobleme und Änderungswünsche die überwiegende Zahl der EU-Mitglieder bereits die Verfassung ratifiziert hat. In Deutschland ist die Ratifikation zwar noch nicht abgeschlossen, da der Bundespräsident vor der Ausfertigung der Ratifikationsurkunde das Ergebnis einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht abwarten will. Da aber sowohl der Bundestag (am 12. Mai 2005 mit 569 Ja- gegen 23 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen) und der Bundesrat (am 27. Mai 2005 lediglich bei Enthaltung Mecklenburg-Vorpommerns) mit großer Mehrheit für die Ratifikation gestimmt haben, muss die Bundesrepublik zu den Befürwortern der Verfassung gezählt werden. Deutschland eingerechnet haben bislang achtzehn der 27 EU-Mitgliedstaaten die Verfassung ratifiziert, die deutlich mehr als die Hälfte der EU-Bevölkerung repräsentieren. Auch die Anliegen dieser überwiegenden Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten zur Fortsetzung des Verfassungskurses dürfen nicht vernachlässigt werden.

Der Weg zu einer Einigung zwischen den auseinandergelassenen Positionen der europäischen Partner bleibt derzeit noch im Unklaren. Der Europäischen Union fehlt momentan eine gemeinsame Zukunftsstrategie, ohne die ihr eine Erosion droht. Die europäischen Partner müssen sich deshalb auf eine gemeinsame Strategie verständigen.³³ Einen ersten Schritt zu dieser Verständigung will Bundeskanzlerin Merkel mit einer „Berliner Erklärung“ beschreiten. Diese Erklärung soll von den Staats- und Regierungschefs anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Römischen Verträge am 25. März 2007 als „Brückenschlag“ von der Rückbesinnung und Selbstreflexion zu den zukünftigen Herausforderungen verkündet

werden und den Weg zu einer Einigung in der konstitutionellen Frage bahnen.³⁴ Die europäischen Partner haben große Hoffnungen in die deutsche Bundeskanzlerin, die bereits bei ihrem ersten europäischen Gipfel im Dezember 2005 maßgeblich an der Findung des Finanzkompromisses beteiligt war. Sollte ihr es nun gelingen, das Verfassungsprojekt wiederzubeleben, dann wäre sie endgültig in die großen europapolitischen Fußstapfen von Konrad Adenauer und Helmut Kohl getreten.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- *BECKER, PETER / LEISSE, OLAF: Die Zukunft Europas. Der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union, Wiesbaden 2005.*
- *BELAFI, MATTHIAS: Christliche Werte und Europäische Verfassung, in: Heit, Helmut (Hrsg.): Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?, Münster 2005, S. 70-84.*
- *GEHLER, MICHAEL: Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung, München 2005.*
- *HRBEK, RUDOLF (HRSG.): Die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten. Spezifika und Profile, Berlin 2006.*
- *HÖRETH, MARCUS / JANOWSKI, CORDULA / KÜHNHARDT, LUDGER (HRSG.): Die Europäische Verfassung. Analyse und Bewertung ihrer Strukturentscheidungen, Baden-Baden 2005 (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bd. 65).*
- *KIPPING, MATTHIAS: Zwischen Kartellen und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944-1952, Berlin 1996 (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 46).*
- *KNIPPING, FRANZ: Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas (20 Tage im 20. Jahrhundert), München 2004.*
- *KÜSTERS, HANNS JÜRGEN: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982.*

- *LAPPENKÜPER, ULRICH: Adenauer, Schuman und die deutsch-französische Verständigung 1948-1963. Ideelle Visionen und kalkulierte Interessen, in: Historisches Jahrbuch 125 (2005), S. 301-326.*
- *LOTH, WILFRIED: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, 3. Aufl., Göttingen 1996.*
- *MERKEL, ANGELA (HRSG.): Europa und die deutsche Einheit. Zehn Jahre Wiedervereinigung: Bilanz und Ausblick, Freiburg i. Br. 2000.*
- *RINSCHÉ GÜNTER (HRSG.): Frei und geeint. Europa in der Politik der Unionsparteien. Köln – Weimar – Wien 1997.*
- *RINSCHÉ, GÜNTER / FRIEDRICH, INGO (HRSG.): Europa als Auftrag. Die Politik deutscher Christdemokraten im Europäischen Parlament 1957-1997. Von den Römischen Verträgen zur Politischen Union. Köln – Weimar – Wien 1997.*
- *SEITLINGER, JEAN / LÜCKER, HANS AUGUST: Robert Schuman und die Einigung Europas, Bonn 2000.*
- *STAPPACHER, BURKARD: „Wer handelt im Europäischen Konvent? Akteure, Einfluss, Gestaltungskraft“, in: Gellner, Winand / Strohmeier, Gerd (Hrsg.): Politische Strukturen und Prozesse im Wandel, Baden-Baden 2005.*
- *TIMMERMANN, HEINER (HRSG.): Eine Verfassung für die Europäische Union. Beiträge zu einer grundsätzlichen und aktuellen Diskussion, Opladen 2001.*
- *TIMMERMANN, HEINER (HRSG.): Europa – Integration durch Konvente. Münster 2003.*
- *TIMMERMANN, HEINER (HRSG.): Europa – Integration durch Verfassung. Münster 2003.*
- *WEIDENFELD, WERNER (HRSG.): Europa-Handbuch, 4. Aufl., Bd. 1: Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche, Band 2: Die Staatenwelt Europas, Gütersloh 2006.*

- WEIDENFELD, WERNER / WESSELS, WOLFGANG (HRSG.): *Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, 10. Aufl., Baden-Baden 2007.
- WEILER, JOSEPH H. H.: *Ein christliches Europa. Erkundungsgänge, Salzburg - München* 2004.

- 1| Siehe zu Coudenhove-Kalergi vor allem die ausführliche Darstellung: Ziegerhofer-Pretenthaler, Anita: *Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren*, Wien – Köln – Weimar 2004. Aktuell die kritische Auseinandersetzung: Wyrwa, Ulrich: *Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger Jahren*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 283, H. 1 (August 2006), S. 103-122.
- 2| Coudenhove-Kalergi, Richard N.: *Pan-Europa*, Wien 1923, Nachdruck der Erstauflage zuletzt: Augsburg 1998.
- 3| Zu Briand: Siebert, Ferdinand: *Aristide Briand. 1862-1932. Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa*, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1973. Unger, Gérard: *Aristide Briand. Le ferme conciliateur, o. O. [Paris] 2005. Zu seiner Initiative: Schneider, Rolf: Europas Einigung und das Problem Deutschland. Vorgeschichte und Anfänge*, Frankfurt am Main u.a. 1999, S. 127-189.
- 4| Memorandum über die Organisation einer europäischen Bundesordnung. Abgedruckt als: *Der Europaplan Briands vom 1. Mai 1930*, in: *Europa Archiv* 4 (1949), H. 17, S. 2435-2440. Auch online unter: <http://www.europa-reden.de/veranstaltungen/SS05/schwarz/briand.pdf>.
- 5| Ebd., S. 2440.
- 6| Zu den Reaktionen auf den Briand-Plan: Fleury, Antoine (Hrsg.): *Le Plan Briand d'Union fédérale européenne. Perspectives nationales et transnationales, avec documents. Actes du colloque international tenu à Genève du 19 au 21 septembre 1991*, Bern u.a. 1998.
- 7| Ausführlicher zu den Einigungsplänen der Vorkriegszeit bei: Timmermann, Heiner: *Europa: Von Herodot bis Schuman*, in: Salewski, Michael / Timmermann, Heiner (Hrsg.): *Gesichter Europas*, Münster 2002 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 105), S. 44-85.
- 8| Vgl. Lipgens, Walter, *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen, 1940-1945*, München 1968 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bd. 26).
- 9| Seitlinger, Jean / Lückner, Hans August: *Robert Schuman und die Einigung Europas*, Bonn 2000.
- 10| Erklärung der französischen Regierung über eine gemeinsame deutsch-französische Schwerindustrie vom 9. Mai 1950, in: *Europa Archiv* 5 (1950), H. 11, S. 3091-3092, S. 3091. Auch online unter: http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9193_1.pdf.
- 11| Weiter zum Schuman-Plan: Timmermann, Heiner: *Robert Schuman: Ein Plan verändert Europa und die Welt*, in: Stamm-Kuhlmann, Thomas u.a. (Hrsg.): *Geschichtsbilder. Festschrift für Michael Salewski zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 2003 (Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke-Gesellschaft, Bd. 47), S. 133-141.

- 12] Zu De Gasperi siehe Kohler, Adolf: Alcide De Gasperi. 1881-1954. Christ, Staatsmann, Europäer. Bonn 1979. Zuletzt: Conze, Eckart / Corni, Gustavo / Pombeni, Paolo: Alcide de Gasperi: un percorso europeo, Bologna 2005 (Anali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 65).
- 13] Weiter zu Brentano: Koch, Roland (Hrsg.): Heinrich von Brentano. Ein Wegbereiter der europäischen Integration, München 2004. Zu Brentanos europapolitischen Engagement darin besonders: Elvert, Jürgen: Heinrich von Brentano. Vordenker einer Konstitutionalisierung Europas, S. 159-181.
- 14] Zu Adenauer nach wie vor: Schwarz, Hans-Peter: Adenauer, Bd. 1: Der Aufstieg: 1876-1952, Stuttgart 1986, Bd. 2: Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991. Zu Adenauers Europapolitik: Weidenfeld, Werner: Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers, Bonn 1976; zuletzt: Schwarz, Hans-Peter: Adenauer und Europa: Was bleibt?, in: Schlie, Ulrich (Hrsg.): Horst Osterheld und seine Zeit, Wien – Köln – Weimar 2006, S. 81-97.
- 15] Vgl. Loth, Wilfried: Der Weg nach Rom. Entstehung und Bedeutung der Römischen Verträge, in: integration 30 (2007), H. 1, S. 36-43.
- 16] Christlich-Demokratische Union Deutschlands: „Freiheit; Solidarität, Gerechtigkeit“. Grundsatzprogramm, beschlossen vom 26. Parteitag vom 23.-25. Oktober 1978 in Ludwigshafen, online unter: http://www.kas.de/upload/themen/programm/programm_der_cdu/programme/1978_Ludwigshafen_Grundsatzprogramm-Freiheit-Solidaritaet-Ger.pdf, hier: S. 40.
- 17] Schneider, Heinrich: Jacques Delors. Mensch und Methode, Wien 2001 (Reihe Politikwissenschaft, H. 73), auch online unter: http://aei.pitt.edu/279/01/pw_73.pdf. Zuletzt auch die Erinnerungen Delors: Erinnerungen eines Europäers, Berlin 2004.
- 18] Zu Kohl siehe: Vogel, Bernhard (Hrsg.): Ein Leben für Deutschland und Europa. Helmut Kohl – Stationen eines politischen Lebens, Düsseldorf 2005; Gadum, Eckart: Die deutsche Europapolitik in den 1980er Jahren. Interessen, Konflikte und Entscheidungen der Regierung Kohl, Paderborn u.a. 1994. Zu Mitterand: Giesbert, Franz-Olivier: François Mitterrand. Die Biographie, Berlin 1997.
- 19] Christlich-Demokratische Union: „Freiheit in Verantwortung“. Grundsatzprogramm, beschlossen vom 5. Parteitag vom 20.-23. Februar 1994 in Hamburg, online unter: http://www.kas.de/upload/themen/programm/programm_der_cdu/programme/1994_Hamburg_Grundsatzprogramm-Freiheit_in_Verantwortung.pdf, hier: S. 88.
- 20] Dazu: Küsters, Hanns Jürgen: Nach dem Fall der Mauer. Ein Drahtseilakt von Kohl und Mitterand, in: Die Politische Meinung, Nr. 398, Januar 2003, S. 36-43.
- 21] Schwarz, Hans-Peter: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.
- 22] Helmut Kohl am 28.11.1989 vor dem Deutschen Bundestag (11. WP, 177. Sitzung), abgedruckt in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bd. 151, hier: S. 13513. Auch im Internet unter: <http://dip.bundestag.de/btp/11/11177.pdf>.
- 23] Zur Analyse und Bewertung des Vertrages von Maastricht vgl. Piepenschneider, Melanie/Steppacher, Burkard: Europa nach dem EU-Gipfel von Maastricht, Sankt Augustin 1992; ausführlich: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Maastricht in der Analyse, Gütersloh 1994.
- 24] Zum Amsterdamer Vertrag vgl. Piepenschneider, Melanie: Der Vertrag von Amsterdam. Analyse und Bewertung, 3., überarb. Aufl., Sankt Augustin 1998; ausführlich: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Amsterdam in der Analyse, Gütersloh 1998.

- 25| Vgl. Stuth, Reinhard: *Der Vertrag von Nizza – eine kritische Analyse*, Sankt Augustin 2001 (Zukunftsforum Politik, Nr. 21), online unter: http://www.kas.de/db_files/dokumente/zukunftsforum_politik/7_dokument_dok_pdf_199_1.pdf; weiterhin: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Nizza in der Analyse*, Gütersloh 2001.
- 26| *Zur Grundrechtscharta statt vieler: Bernsdorff, Norbert / Borowsky, Martin: Grundrechte in Europa. Von der Grundrechtscharta zur Europäischen Verfassung*, in: *Deutsche Richterzeitung* 83 (2005), H. 6/7, S. 188-193. Neuerdings: Meyer, Jürgen (Hrsg.): *Charta der Grundrechte der Europäischen Union*, 2. Aufl., Baden-Baden 2006; Tettinger, Peter J. / Stern, Klaus (Hrsg.): *Kölner Gemeinschaftskommentar zur Europäischen Grundrechte-Charta*, München 2006.
- 27| *Zu den Gruppen und der Arbeitsweise im Konvent siehe: Steppacher, Burkard: „Wer handelt im Europäischen Konvent? Akteure, Einfluss, Gestaltungskraft“*, in: Gellner, Winand / Strohmeier, Gerd (Hrsg.): *Politische Strukturen und Prozesse im Wandel*, Baden-Baden 2005 (*Politik im Netz-Jahrbuch* 2004), S. 119-132, online unter: http://www.elextra.de/pin_rl/archiv/paufsatz/Action.lasso?-database=pin_aufsatz.fp3&-layout=internet&-response=/pin_rl/archiv/paufsatz/arc_auf_det.lasso&ident_such=A-111&-search.
- 28| *Zum Verfassungsentwurf siehe das Themenheft „Der Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents“: integration* 26 (2003), H. 4.
- 29| *Zur Analyse und Bewertung des Verfassungsvertrages: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse*, Gütersloh 2005.
- 30| Näher dazu: Belafi, Matthias: *Christliche Werte und Europäische Verfassung*, in: Heit, Helmut (Hrsg.): *Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?*, Münster 2005, S. 70-84.
- 31| *Zur deutschen Ratspräsidentschaft siehe Göler, Daniel / Jopp, Matthias: Kann Europa gelingen? Vorhaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft*, in: *integration* 30 (2007), H. 1, S. 3-24; Hilz, Wolfram: *Deutschlands EU-Ratspräsidentschaft 2007. Integrationspolitische Akzente in schwierigen Zeiten*, ZEI Discussion Paper C164/2006, online unter: http://www.zei.de/download/zei_dp/dp_c164Hilz.pdf.
- 32| *Erklärung des Bundeskabinetts zur deutschen Ratspräsidentschaft vom 5. November 2006. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung Nr. 387*, <http://www.bundesregierung.de/Cotent/DE/Pressemitteilungen/BPA/2006/11/2006-11-05-eu-ratspraesidentschaft.html>.
- 33| Weidenfeld, Werner: *Die Bilanz der Europäischen Integration 2006*, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* 2006, S. 13-26, hier: S. 18, online unter: http://www.cap.lmu.de/download/2006/2006_JB_Weidenfeld.pdf. *Verschiedene Möglichkeiten für einen Weg aus der Verfassungskrise zeigt: Emmanouilidis, Janis A.: Die Zeit der Entscheidung. Optionen, Erfolgsvoraussetzungen und Fahrplan für ein neues EU-Primärrecht*, C-A-P Analyse 1/2007, <http://www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Analyse-2007-01.pdf>.
- 34| Merkel, Angela: *Wertegebundene Europapolitik. Herausforderungen für die deutsche Ratspräsidentschaft*, in: *Die Politische Meinung*, Nr. 444, November 2006, S. 5-7, hier: S. 6, online unter: http://www.kas.de/db_files/dokumente/die_politische_meinung/7_dokument_dok_pdf_9387_1.pdf.

GROSSE CHRISTLICH- DEMOKRATISCHE EUROPAPOLITIKER

EUROPÄISCHE BIOGRAPHIEN

KONRAD ADENAUER (1876-1967), DEUTSCHLAND

Westintegration, Aussöhnung mit Frankreich, Aufbau der europäischen Institutionen: dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland ist das Fundament des europäischen Zusammenschlusses zu verdanken. Adenauer war von 1917 bis zu seiner Amtsenthebung durch die Nationalsozialisten (1933) Oberbürgermeister von Köln; danach mehrfach in Gestapo-Haft. 1946 wurde er Vorsitzender der CDU in der britischen Zone und ab 1949 Bundesvorsitzender. 1948 wurde er Präsident des Parlamentarischen Rates, von dem 1949 das Grundgesetz ausgearbeitet und verabschiedet wurde. Adenauer zählt damit zu den Gründungsvätern der Bundesrepublik Deutschland. Ab 1949 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und erster Bundeskanzler bis zu seinem Rücktritt 1963. Zu seinen Verdiensten gehören unter anderem die Verwirklichung der Montanunion 1951, die Römischen Verträge 1957, der deutsch-französische Freundschaftsvertrag 1963. Adenauer hatte maßgeblichen Anteil daran, dass sich ein europäisches Identitätsbewusstsein entwickeln konnte, das auch heute die Europäische Gemeinschaft zusammenhält und legitimiert. 1954 wurde ihm der Internationale Karlspreis verliehen: „Dem kraftvollen Förderer eines einigen Europa“.

GIULIO ANDREOTTI (GEB. 1919), ITALIEN

Andreottis lange politische Karriere begann 1944 bei der *Democrazia Cristiana* (DC). Als enger Weggefährte des späteren Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi gehörte er 1946 der verfassungsgebenden Versammlung und ab 1947 dem italienischen Parlament an. Über Jahrzehnte hat der christdemokratische Jurist und überzeugte Europäer die italienische Politik geprägt: Er war sieben Mal Ministerpräsident, mehrfach Minister und Staatssekretär sowie langjähriges Vorstandsmitglied der DC. Für die europäische Integration engagierte er sich 1979 bis 1984 als Mitglied des Europäischen Parlaments, 1983 bis 1985 als Vorsitzender der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD), 1987 wurde er Vizepräsident der Europäischen Bewegung.

JOSÉ MARÍA AZNAR (GEB. 1953), SPANIEN

Spaniens Einbindung in die Europäische Gemeinschaft nach dem Beitritt 1986 zählte zu den Leitthemen in Aznars politischer Laufbahn. Von 1982 bis 1987 war er Generalsekretär der rechtskonservativen *Alianza Popular* (AP), ab 1990 Vorsitzender der Nachfolgepartei *Partido Popular* (PP). Von 1987 bis 1989 amtierte er als Regierungschef der Region Kastilien-Leon, 1995 verübte die ETA ein Sprengstoffattentat auf ihn. Nach dem Wahlsieg des PP wurde Aznar 1996 spanischer Ministerpräsident. Umstritten war sein Engagement im Irak-Konflikt und seine Informationspolitik nach den Terroranschlägen in Madrid, 2004 wurde er abgewählt. Von 2001 bis 2006 war Aznar Vorsitzender des Weltverbandes der christdemokratischen Parteien (IDC/CDI).

JOSÉ MANUEL BARROSO (GEB. 1956), PORTUGAL

Der Präsident der Europäischen Kommission gehört dem christlich-bürgerlich orientierten *Partido Social Democrata* (PSD) an. Barrosos politischer Weg in Portugal: von 1985 bis 1987 Unterstaatssekretär im Innenministerium, von 1987 bis 1992 Staatssekretär für Äußeres und internationale Zusammenarbeit, von 1992 bis 1995 Außenminister, von 2002 bis 2004 Ministerpräsident. Internationale Anerkennung erhielt der Europapolitiker und Wissenschaftler immer wieder für seine außenpolitischen Leistungen, so bei zahlreichen Friedensmissionen auf internationaler Ebene. Barroso war von 1999 bis 2002 Stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP) und von 2001 bis 2005

Stellvertretender Vorsitzender des Weltverbandes der christdemokratischen Parteien (IDC/CDI).

JOSEPH BECH (1887-1975), LUXEMBURG

Joseph Bech zählt zu den Gründungsvätern der Europäischen Gemeinschaft, er war Mitbegründer der Montanunion und zeitlebens ein konsequenter Verfechter des Europagedankens. Für die katholische Rechtspartei wurde er 1914 Abgeordneter im Luxemburgischen Parlament; ab 1921 war er vier Jahre Justiz- und Erziehungsminister, von 1926 bis 1937 Staatsminister und Präsident der Regierung. Von 1937 bis 1953 war er Außenminister und Minister für Weinbau, davon mehrere Jahre Mitglied der Exilregierung (1940 bis 1945). Von 1953 bis 1958 bekleidete der Politiker der *Chreschtlech Sozial Vollekspartei* (CSV) das Amt des Staatsministers und des Präsidenten der Regierung; danach übernahm er wieder das Amt des Außenministers (1958 bis 1959) sowie das des Außenhandelsministers und Ministers für Weinbau. In der Nachkriegsphase wirkte er maßgeblich am europäischen Integrationsprozess mit. 1960 wurde er für seine Verdienste mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet.

HEINRICH VON BRENTANO (1904-1964), DEUTSCHLAND

Der erste Außenminister der Bundesrepublik Deutschland (1955 bis 1961) zählt zu den Wegbereitern der Europäischen Union. Seine parlamentarische Laufbahn begann der CDU-Politiker im hessischen Landtag (1946 bis 1949). Als Weggefährte Adenauers war er Mitbegründer der CDU, als führendes Mitglied des Parlamentarischen Rates 1948 bis 1949 einer der Verfassungsväter. Von 1949 bis 1964 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1949 bis 1955 und 1961 bis 1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von 1950 bis 1954 wirkte er als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Dem Europäischen Parlament gehörte er von 1952 bis zu seiner Ernennung zum Bundesaußenminister 1955 an.

EMILIO COLOMBO (GEB. 1920), ITALIEN

Über Jahrzehnte hat Emilio Colombo in zahlreichen politischen Ämtern die europäische Einigung vorangetrieben. Bereits als 26jähriger gehörte der Christdemokrat der Verfassungsgebenden Versammlung an und

von 1948 bis 1992 ununterbrochen dem italienischen Parlament. Er war Staatssekretär, hatte über viele Jahre verschiedene Ministerposten inne und wirkte von 1970 bis 1972 als italienischer Ministerpräsident. Danach wurde er italienischer Vertreter bei den Vereinten Nationen und von 1977 bis 1980 Präsident des Europäischen Parlaments. 1979 wurde Emilio Colombo mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet. Bis 1992 war er Mitglied des Europäischen Parlaments, darüber hinaus engagierte er sich als Präsident des Weltverbandes der Christdemokratischen Parteien (IDC/CDI) von 1993 bis 1995.

**GRAF RICHARD NIKOLAUS VON COUDENHOVE-KALERGI
(1894-1972), ÖSTERREICH**

Graf Coudenhove-Kalergi war ein Vordenker des geeinten Europa. 1923 gründete er unter dem Eindruck der Schrecken des Ersten Weltkriegs die Paneuropäische Union. Ziel dieser ältesten europäischen Einigungsbewegung war ein wirtschaftlich und politisch geeintes Europa auf der Grundlage des christlich-abendländischen Wertefundaments. Zu ihren Mitgliedern zählten große Europäer wie Konrad Adenauer, Thomas Mann und Albert Einstein. Unter den Nationalsozialisten wurde die Paneuropäische Union verboten, Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi musste emigrieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Paneuropäische Union in Westeuropa wieder aufgebaut. Graf Coudenhove-Kalergi erhielt für sein Wirken 1950 als erster den Internationalen Karlspreis, 1952 wurde er Ehrenpräsident der Europäischen Bewegung.

JEAN-LUC DEHAEN (GEB. 1940), BELGIEN

Der Politiker der *Christen-Democratisch&Vlaams* (CD&V) war belgischer Premierminister von 1992 bis 1999. Er gehörte von 1972 bis 1982 den Kabinetten mehrerer Minister an, war Senator (1982 bis 1987), Mitglied der Abgeordnetenkammer (1987 bis 1995) und erneut Senator (1995 bis 2000). Als Minister für soziale Angelegenheiten und institutionelle Reform (1981 bis 1987) sowie als Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Verkehr und institutionelle Reform (1988 bis 1992) war er im Kabinett Martens verantwortlich. Nach dessen Rücktritt trat er 1992 als Premierminister bis 1999 an die Spitze einer konservativen belgischen Regierung. Jean-Luc Dehaene war von 2001 bis 2003 Vizepräsident des Europäischen Konvents, in dem die Europäische Verfassung ausgearbeitet wurde. 2004 wurde er in das Europäische Parlament gewählt.

NICOLE FONTAINE (GEB. 1942), FRANKREICH

Die ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments ist eine der profiliertesten Europapolitikerinnen Frankreichs. Auf nationaler Ebene war Nicole Fontaine beim Generalsekretariat für das katholische Unterrichtswesen als stellvertretende Generalsekretärin (1972 bis 1984) und später als Generalbeauftragte tätig. Als Mitglied des Europäischen Parlaments (1984 bis 2002) widmete sie sich früh dem Thema „Europa der Bürger“. 1989 bis 1994 war sie Vizepräsidentin, 1994 bis 1999 erste Vizepräsidentin und 1999 bis 2002 Präsidentin des Europäischen Parlaments. Nach einem Einsatz im französischen Wirtschaftsministerium von 2002 bis 2004 als beigeordnete Ministerin für Industrie ist die Christdemokratin und Mitbegründerin der *Union pour un Mouvement Populaire* (UMP) seit 2004 wieder Europaabgeordnete.

HANS FURLER (1904-1975), DEUTSCHLAND

Der CDU-Politiker war in zahlreichen politischen Funktionen einer der Protagonisten des europäischen Aufbauwerks. Als langjähriger Bundestagsabgeordneter (1953 bis 1972) galt sein Engagement konsequent der europäischen Integration. Er gehörte von 1955 bis 1973 der Gemeinsamen Versammlung der EGKS an, von 1956 bis 1958 als ihr Präsident. In diesem Amt war Furler maßgeblich an der Umsetzung der Römischen Verträge beteiligt. Von 1960 bis 1962 übte er das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments aus. Zu Furlers Verdiensten zählt, dass sich im europäischen Parlament die Fraktionen nicht nach Nationalität, sondern nach parteipolitischer Zugehörigkeit gruppieren.

ALCIDE DE GASPERI (1881-1954), ITALIEN

Als Mitbegründer der Montanunion ist De Gasperi ein Europäer der ersten Stunde. Seine parlamentarische Laufbahn begann 1911 bis 1918 im österreichischen Reichsrat. Für die Italienische Volkspartei (PPI), die er 1919 mitbegründete, amtierte er bis zu ihrem Verbot 1926, danach war der Christdemokrat zwei Jahre inhaftiert. Die Nachfolgepartei *Democrazia Cristiana* (DC) leitete er als Generalsekretär von 1944 bis 1946 und 1953 bis 1954. Von 1944 bis 1945 war er italienischer Außenminister, das Amt des italienischen Ministerpräsidenten hatte er von 1945 bis 1953 inne, ab 1951 zusätzlich das des Außenministers. Neben großen Europäern und Weggefährten wie Adenauer, Schuman und Bech war De Gasperi

einer der Wegbereiter der Montanunion, die 1951 verwirklicht wurde. 1952 erhielt er dafür den Internationalen Karlspreis. 1953 wurde er zum Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung der EGKS gewählt.

WALTER HALLSTEIN (1901-1982), DEUTSCHLAND

Walter Hallstein gehört zu den zentralen Architekten des europäischen Einigungswerkes, er war der erste Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Seine politische Karriere begann er als Leiter der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten unter Konrad Adenauer im Bundeskanzleramt. Er war deutscher Delegationsleiter bei den Verhandlungen zur Gründung der EGKS; 1950 wurde er Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Als Staatssekretär im Auswärtigen Amt (1951 bis 1958) war er an den Verhandlungen zur Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beteiligt. 1958 wurde er zum ersten Präsidenten der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ernannt; dieses Amt bekleidete er bis 1967. 1961 wurde er mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet. Der CDU-Politiker war von 1969 bis 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1968 bis 1974 Präsident der Europäischen Bewegung. Nach ihm benannt ist die „Hallstein-Doktrin“, mit der die Bonner Deutschlandpolitik der 1960er Jahre gegen die Anerkennung der DDR durch Drittstaaten arbeitete.

EGON A. KLEPSCH (GEB. 1930), DEUTSCHLAND

Der langjährige Vorsitzende der EVP-Fraktion begann seine politische Laufbahn als Bundesvorsitzender der Jungen Union (1963 bis 1969), 1964 bis 1970 war er ebenfalls Präsident der Europäischen Union Junger Christlicher Demokraten. Er gehörte dem Bundestag von 1965 bis 1980 an und war von 1973 bis 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments. Sein Wirken als Vorsitzender der EVP-Fraktion (1977 bis 1982 und 1984 bis 1992) hat das politische Gewicht der EVP im Europäischen Parlament erheblich gestärkt. Von 1992 bis 1994 war Egon Klepsch Präsident des Europäischen Parlaments. Von 1989 bis 1997 amtierte er als Präsident der Europa-Union Deutschland, seit 1997 ist er ihr Ehrenpräsident.

HELMUT KOHL (GEB. 1930), DEUTSCHLAND

Wegbereiter des Euro, Verfechter des Maastricht-Vertrages und des Vertrags zur Europäischen Union, Kanzler der deutschen Einheit: Helmut

Kohl war sechzehn Jahre Bundeskanzler und führte die CDU 25 Jahre lang. Kohls politischer Weg begann in Rheinland-Pfalz im CDU-Landesvorstand, von 1959 bis 1979 war er Abgeordneter für die CDU im Landtag von Rheinland-Pfalz. 1963 wurde er Fraktionsvorsitzender, 1966 CDU-Landesvorsitzender und 1969 Ministerpräsident. 1964 wurde er Mitglied im CDU-Bundesvorstand, von 1973 bis 1998 war er Vorsitzender der CDU. 1976 wurde Kohl Mitglied des Deutschen Bundestags (bis 2002) und Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Von 1982 bis 1998 war er deutscher Bundeskanzler. Die Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht 1992 gehört ebenso wie die Überwindung der deutschen Teilung zu den Meilensteinen seiner Amtszeit. Gemeinsam mit dem Präsidenten der Französischen Republik François Mitterrand (1981 bis 1995) erhielt Helmut Kohl 1988 „in Würdigung ihres ununterbrochenen und erfolgreichen Strebens um dauerhafte Freundschaft ihrer Länder und um Erhaltung und Festigung der Europäischen Gemeinschaft“ den Internationalen Karlspreis. 1998 wurde der Altbundeskanzler von den Staats- und Regierungschefs der EU zum Ehrenbürger Europas ernannt.

HANS AUGUST LÜCKER (GEB. 1915), DEUTSCHLAND

Der CSU-Politiker ist einer der Mitbegründer der Europäischen Volkspartei (EVP), Europaparlamentarier der ersten Stunde und einflussreicher Agrarstrategen. Lücker begann seine politische Karriere als Generaldirektor der bayerischen Landwirtschaftskammer von 1947 bis 1953. Von 1953 bis 1980 war er für die CSU Mitglied im Deutschen Bundestag. Von 1953 bis 1961 gehörte er der Beratenden Versammlung des Europarats und der WEU an. Er war ein enger Berater Walter Hallsteins und Berichterstatter im Deutschen Bundestag zu den Römischen Verträgen 1957. 1958 gehörte er dem ersten Europäischen Parlament an – bis 1984 blieb er Mitglied. Er hatte maßgeblichen Einfluss auf die gemeinsame europäische Agrarpolitik, für die er von 1958 bis 1969 Generalberichterstatter und Sprecher des Parlaments war. Von 1969 bis 1975 war er Vorsitzender der Christdemokratischen Fraktion, von 1976 bis 1979 Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Als Co-Vorsitzender leitete er von 1977 bis 1984 er den Ausschuss zum Beitritt Spaniens.

WILFRIED MARTENS (GEB. 1936), BELGIEN

Der Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP) und langjährige belgische Premierminister (1979 bis 1992) hat als Mitbegründer der EVP

maßgeblich an der Zusammenführung der europäischen Christdemokraten und Volksparteien mitgewirkt. Martens politische Karriere begann Mitte der 1960er Jahre als Berater in verschiedenen Ministerkabinetten der belgischen Regierung. Als Berater von Leo Tindemans war er mit europäischen Grundsatzfragen beauftragt. Von 1972 bis 1979 war Martens Vorsitzender der belgischen CVP, von 1974 bis 1991 Abgeordneter im belgischen Parlament, von 1991 bis 1994 Senator. Seit 1990 amtiert Martens als Präsident der Europäischen Volkspartei, von 1994 bis 1999 war er Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Darüber hinaus engagierte er sich 1993 bis 1996 als Vorsitzender der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) und 2000 bis 2001 als Präsident des Weltverbandes der christdemokratischen Parteien (IDC/CDI).

ALOIS MOCK (GEB. 1934), ÖSTERREICH

An Österreichs Integration in die Europäische Union war Alois Mock in den frühen 1990er Jahren als österreichischer Delegationsleiter bei den Beitrittsverhandlungen und Außenminister maßgeblich beteiligt. Der ÖVP-Politiker begann seine Laufbahn 1962 in der OECD-Vertretung in Paris, 1965 wurde er Sekretär im Büro des Bundeskanzlers, ein Jahr später Kabinettschef, dann Unterrichtsminister (1969 bis 1970), Vizekanzler (1987 bis 1989) und Außenminister (1987 bis 1995). 1970 bis 1987 und 1995 bis 1999 war Mock Abgeordneter im Nationalrat, von 1979 bis 1989 Bundesparteiobmann (Vorsitzender) der ÖVP. Alois Mock wirkte von 1983 bis 1987 als Präsident der Internationalen Demokratischen Union (IDU), er ist Mitbegründer der Europäischen Demokratischen Union (EDU) und war von 1979 bis 1998 ihr erster Vorsitzender.

KARL HEINZ NARJES (GEB. 1924), DEUTSCHLAND

Karl Heinz Narjes, von 1981 bis 1988 Mitglied der EG-Kommission, begann seinen politischen Weg 1955 als Attaché im Auswärtigen Amt. 1958 wurde er Legationsrat bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), 1963 Kabinettschef des Präsidenten der EG-Kommission Walter Hallstein und 1968 Generaldirektor für Presse und Information der Kommission. Er trat 1967 in die CDU ein, war von 1969 bis 1973 Minister für Landwirtschaft in Schleswig-Holstein. Von 1972 bis 1981 gehörte er dem Deutschen Bundestag an, von 1972 bis 1976 als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Von 1981 bis 1984

war Narjes EG-Kommissar für Binnenmarkt, Zollunion, industrielle Innovation, Umwelt, Verbraucherfragen und nukleare Sicherheit und von 1984 bis 1988 Vizepräsident der EG-Kommission.

PIERRE PFLIMLIN (1907-2000), FRANKREICH

Pflimlins politisches Leben stand im Zeichen der deutsch-französischen Aussöhnung und der europäischen Einigung, er ist einer der Gründerväter der Europäischen Union. 1944 trat er wie Robert Schuman dem neugegründeten MRP (Mouvement Républicain Populaire) bei, er wurde 1945 Stadtrat von Straßburg und Abgeordneter der französischen Nationalversammlung. Er hatte zahlreiche Ministerämter im Frankreich der Nachkriegszeit inne, kurzzeitig (1958) auch das des Premierministers. 1956 wurde er Vorsitzender des MPR. Als langjähriger Bürgermeister (1959 bis 1983) machte Pflimlin Straßburg zu einem der Zentren europäischer Politik. Er war von 1962 bis 1967 Mitglied des Europäischen Parlaments, 1963 bis 1966 wirkte er als Präsident der Europäischen Versammlung des Europarats. 1978 bis 1985 war er Vizepräsident der EVP. Von 1979 bis 1989 gehörte er erneut dem Europäischen Parlament an, von 1984 bis 1987 hatte er das Amt des Präsidenten inne.

HANS-GERT PÖTTERING (GEB. 1945), DEUTSCHLAND

Am 17. Januar 2007 wurde Hans-Gert Pöttering zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Der CDU-Politiker begann seine politische Laufbahn 1974 als europapolitischer Sprecher der Jungen Union in Niedersachsen. Von 1981 bis 1991 war er Landesvorsitzender der Europa-Union Niedersachsens, von 1997 bis 1999 Präsident der Europa-Union Deutschlands. Seit 1979 gehört er dem Europäischen Parlament an. In den Jahren 1994 bis 1999 war er stellvertretender Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion und prägte von 1999 bis 2007 als Vorsitzender die Politik der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament.

GÜNTER RINSCHKE (GEB. 1930), DEUTSCHLAND

Der CDU-Politiker und langjährige Europaparlamentarier war von 1961 bis 1964 im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium tätig, danach von 1964 bis 1965 im Landesamt für Forschung in Düsseldorf. Von 1956 bis 1979 war er Ratsherr in Hamm, das Amt des Oberbürgermeisters hatte er von 1964 bis 1979 inne. Im Jahr 1978 wurde er zum

Präsidenten des Städtetages von NRW gewählt. 1965 bis 1972 gehörte Rinsche dem Deutschen Bundestag an und von 1975 bis 1980 dem Landtag von Nordrhein-Westfalen. Von 1979 bis 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments, war Günter Rinsche Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und Vorstandsmitglied der EVP-Fraktion. Von 1995 bis 2001 war Rinsche Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

JACQUES SANTER (GEB. 1937), LUXEMBURG

Der Präsident der Europäischen Kommission von 1995 bis 1999 war wesentlich an der Ausgestaltung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und an der Vorbereitung der EU-Osterweiterung beteiligt. Der Christdemokrat engagierte sich ab 1966 in mehreren Funktionen für die *Chreschtlech Sozial Vollekspartei (CSV)*, von 1974 bis 1982 als Vorsitzender. In Luxemburg bekleidete Santer eine Vielzahl von Ämtern: Von 1972 bis 1974 Staatssekretär im Arbeitsministerium und im Ministerium für kulturelle Angelegenheiten, 1974 bis 1995 Abgeordneter der Kammer, 1979 bis 1984 Minister für Finanzen, Arbeit und Soziales, 1984 bis 1989 Ministerpräsident und Minister für Finanzen, 1989 bis 1995 Ministerpräsident sowie Kultus- und Schatzminister. In seiner Zeit als Ministerpräsident amtierte Santer als Mitglied des Gouverneurrates der Weltbank von 1984 bis 1989, und von 1991 bis 1994 als Gouverneur der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Mitglied des Europäischen Parlaments war er von 1974 bis 1979 und von 1999 bis 2004, 1975 bis 1979 als Vizepräsident. Santer wirkte von 1987 bis 1990 als Präsident der EVP, 2002 bis 2004 war er Mitglied des Europäischen Konvents.

ROBERT SCHUMAN (1886-1963), FRANKREICH

Robert Schuman ist einer der Gründungsväter des europäischen Einigungswerkes. Er schlug im Mai 1950 die Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl („Schuman-Plan“) vor, die den Anstoß zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gab. Zeitlebens setzte er sich für die deutsch-französische Verständigung und für Frieden und Sicherheit in Europa ein. Geboren in Lothringen wurde Schumann 1919 zunächst Abgeordneter im französischen Parlament. Er engagierte sich in der Résistance. 1940 wurde er von der Gestapo verhaftet, 1942 konnte er fliehen. 1944 beteiligte er sich an der Gründung des *Mouvement de Rassemblement Populaire (MRP)*. Von 1946 bis 1962 war

er Abgeordneter der französischen Nationalversammlung. In dieser Zeit bekleidete er mehrere Ministerposten (1946 Finanzminister, 1948 bis 1952 Außenminister, 1955 bis 1956 Justizminister) und 1947/1948 war er für acht Monate Ministerpräsident. 1958 wurde er zum Präsidenten der Europäischen Versammlung gewählt. 1960 trat er zurück und wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt. Für seine Verdienste um die Einheit Europas erhielt er 1958 den Internationalen Karlspreis.

LEO TINDEMANS (GEB. 1922), BELGIEN

Der Mitbegründer und erste Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP) von 1976 bis 1985 hat sich in vielfacher Weise für die Einheit Europas eingesetzt. Von 1958 bis 1966 war er Generalsekretär der CVP, des flämischen Zweiges der Christlichen Volkspartei, von 1961 bis 1989 Abgeordneter der CVP im belgischen Parlament, von 1979 bis 1981 Vorsitzender der CVP. 1965 bis 1974 amtierte er als Generalsekretär der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD). Er bekleidete eine Vielzahl verschiedener Ministerposten: 1968 bis 1972 Minister für Gemeinschaftsangelegenheiten, 1972 bis 1973 Landwirtschaftsminister, 1973 bis 1974 Haushaltsminister und zugleich stellvertretender Ministerpräsident, 1981 bis 1989 Außenminister. Von 1974 bis 1978 war er belgischer Ministerpräsident. Der von ihm im Auftrag der europäischen Staats- und Regierungschefs Ende 1975 vorgelegte Bericht mit Reformvorschlägen zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft zur Politischen Union („Tindemans-Bericht“) wurde viel beachtet, allerdings nur zögerlich umgesetzt. 1976 erhielt er für diesen wegweisenden Entwurf den Internationalen Karlspreis. An weiteren Integrationsfortschritten wirkte er als Mitglied des Europäischen Parlaments von 1979 bis 1981 und von 1989 bis 1999 mit, 1992 bis 1994 als Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

WICHTIGE STATIONEN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

EUROPACHRONIK

- **1924:** Die Paneuropäische Union wird durch Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi unter dem Eindruck der Schrecken des Ersten Weltkrieges gegründet. Ziel ist ein wirtschaftlich und politisch geeintes Europa auf Grundlage des christlich-abendländischen Wertefundaments. Zu ihren bedeutendsten Vertretern gehörten u.a. Charles de Gaulle, Konrad Adenauer, Aristide Briand, Thomas Mann und Albert Einstein.
- **1929:** Der Briand-Plan beschreibt die damalige europäische Situation vor der zehnten Völkerbundsversammlung und fordert indirekt zur Gründung eines europäischen Staatenbunds auf.
- **1946:** Im September hält der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill an der Universität zu Zürich eine Rede, in der er die Staaten Europas zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa aufruft.
- **1948:** Im Mai findet der Haager Kongress statt. In seiner Resolution wird die Forderung nach einem geeinten und demokratischen Europa erhoben. Nahezu alle europäischen Staaten nehmen an dem Kongress teil. Es folgen Verhandlungen, die zur Gründung des Europarates führen.

- **1950:** Am 9. Mai stellt der französische Außenminister Robert Schuman auf einer Pressekonferenz den später so genannten Schuman-Plan vor. Er schlägt vor, die gesamte deutsch-französische Kohle- und Stahlindustrie unter die Kontrolle einer Organisation zu stellen, die den anderen Ländern Europas zum Beitritt offensteht.
- **1951:** Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), auch Montanunion genannt oder Vertrag von Paris (in Kraft getreten 1952): Gemeinsame Kontrolle der kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl durch sechs europäische Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg).
- **1952/53:** Ein Satzungsentwurf für eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) wird von der Parlamentarischen Versammlung im Auftrag der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften ausgearbeitet. Parallel dazu wird ein Vertrag über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) entwickelt. Beide Entwürfe werden nicht realisiert, weil die französische Nationalversammlung die Ratifizierung des EVG-Vertrags von der Tagesordnung absetzt (1954).
- **1955:** Konferenz der Außenminister der EGKS-Staaten in Messina zur Beratung über den weiteren europäischen Integrationsprozess. Die Messina-Konferenz gilt als Geburtsstunde der Römischen Verträge (EWG und EURATOM).
- **1957:** Römische Verträge (in Kraft getreten 1958): Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM).
- **1958:** Erste Sitzung der gemeinsamen Versammlung der drei Europäischen Gemeinschaften (EWG, EURATOM, EGKS). Diese gemeinsame Versammlung ist ein institutioneller Vorläufer des Europäischen Parlaments.
- **1959:** Beginn des Abbaus der Zollschränken innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.
- **1962:** Einrichtung des Europäischen Agrarfonds.

- **1965:** Fusionsvertrag zur Einsetzung gemeinsamer Organe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (in Kraft getreten 1967).
- **1970:** Beginn der gemeinsamen Konsultationen und Abstimmungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften in Fragen der Außenpolitik (Europäische Politische Zusammenarbeit – EPZ), aufgenommen sind sicherheitspolitische Aspekte.
- **1973:** Beitritt von Großbritannien, Irland und Dänemark zu den Europäischen Gemeinschaften.
- **1976:** Gründung der Europäischen Volkspartei (EVP) als Zusammenschluss von christlich-demokratischen und konservativ-bürgerlichen Parteien im Vorfeld der geplanten Direktwahl zum Europäischen Parlament. Im gleichen Jahr wurde die Föderation liberaler und demokratischer Parteien der Europäischen Gemeinschaft (FLIDPEG) gegründet, umbenannt 1977 in Europäische Liberale Demokraten (ELD), umbenannt 1993 in Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei (ELDR). Es folgten 1992 die Sozialdemokratischen Parteien Europas (SPE) und 2004 die Europäische Grüne Partei (EGP).
- **1979:** Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) zur währungspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften.
- **1979:** Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament.
- **1981:** Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften.
- **1983:** Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft unter Bundeskanzler Helmut Kohl wird von den Mitgliedstaaten die „Feierliche Erklärung zur Europäischen Union“ verabschiedet; damit wird der Begriff „Europäische Union“ das erste Mal in einem offiziellen Dokument der Europäischen Gemeinschaften eingeführt.
- **1985:** Unterzeichnung des Schengener Übereinkommens durch fünf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande), schrittweise Abschaffung der Grenzkontrollen ab 1995.

- **1986:** Beitritt Spaniens und Portugals zu den Europäischen Gemeinschaften. Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte – EEA (in Kraft getreten 1987): Verbesserung der politischen Entscheidungsstrukturen durch Stärkung des Mehrheitsprinzips im Rat und neue Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Ministerrat und Europäischem Parlament; Festlegung eines Programms zur Schaffung eines Binnenmarktes bis Ende 1992.
- **1990:** Wiederherstellung der Deutschen Einheit: die fünf neuen Bundesländer und der Ostteil Berlins werden in die Europäischen Gemeinschaften integriert.
- **1992:** Vertrag von Maastricht (in Kraft getreten 1993): Gründung der Europäischen Union mit Drei-Säulen-Struktur; Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit Stufenplan zur Einführung einer einheitlichen Währung; schrittweise Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und einer Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.
- **1993:** Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, vollständige Öffnung der Grenzen für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital.
- **1995:** Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union.
- **1997:** Vertrag von Amsterdam (in Kraft getreten 1999): das Europäische Parlament wird bei der Entscheidungsfindung neben dem Ministerrat gleichberechtigt, d.h. institutionell gestärkt; Einführung einer Flexibilitätsklausel, die Anwendungsfälle zulässt, bei denen nicht alle EU-Staaten beteiligt sein müssen; Ausbau der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.
- **1998:** Festlegung des Sitzes der Europäischen Zentralbank in Frankfurt.
- **1999:** Einführung des Euros als Buchgeld / Beginn der Währungsunion.
- **2000:** Vertrag von Nizza (in Kraft getreten 2003): Reform der europäischen Institutionen, um den Beitritt von zehn weiteren Staaten zur Europäischen Union zu ermöglichen; Proklamation der Charta der Grundrechte der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger; Erklärung

zur Zukunft der Union, die die Frage der Rechtsverbindlichkeiten der Grundrechte innerhalb der Union prüfen soll, sowie weitere Fragen der Fortentwicklung der EU.

- **2001:** Der Europäische Rat beruft unter Leitung des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing einen europäischen Konvent zur Ausarbeitung einer europäischen Verfassung ein.
- **2002:** Einführung des Euro als allein gültiges Zahlungsmittel in zwölf der fünfzehn EU-Mitgliedstaaten. Der Euro wird allgemein gesetzliches Zahlungsmittel.
- **2004:** Unterzeichnung eines Vertrages über eine Verfassung für Europa durch die Staats- und Regierungschefs der EU in Rom. Beitritt von zehn ost- und südeuropäischer Staaten zur EU: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern.
- **2005:** Der Vertrag über eine Verfassung für Europa wird in Frankreich und den Niederlanden durch Referenden abgelehnt.
- **2006:** Der Vertrag über eine Verfassung Europas wurde bis Ende des Jahres von achtzehn Mitgliedstaaten ratifiziert; diese sind Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Slowakei, Slowenien, Spanien, Ungarn und Zypern. In Deutschland wurde der Vertrag 2005 von Bundestag und Bundesrat ratifiziert. Die Unterschrift des Bundespräsidenten steht allerdings noch aus, da zurzeit noch die Klage eines Bundestagsabgeordneten vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig ist, und der Bundespräsident den Ausgang des Verfahrens abwarten möchte.
- **2007:** Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur EU.
- **2007:** Einführung des Euro in Slowenien.
- **2007:** Deutschland nimmt im ersten Halbjahr 2007 den Vorsitz des Rates der Europäischen Union wahr.

BEDEUTENDE EUROPAPOLITISCHE ERKLÄRUNGEN VON CHURCHILL BIS MERKEL

REDEN FÜR EUROPA

WINSTON CHURCHILL:
„LASSEN SIE EUROPA ENTSTEHEN“
ZÜRICH, 19. SEPTEMBER 1946

Am 19. September 1949 hält der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill an der Universität Zürich sein berühmtes Plädoyer für die „Vereinigten Staaten von Europa“. Zur gleichen Zeit verfassen die europäischen Föderalisten auf einer Konferenz im Schweizer Ort Hertenstein zwölf Thesen, die als Hertensteiner Programm zum politischen Gründungsdokument der Europa-Union Deutschland werden. Im Dezember 1946 wird schließlich die Union Europäischer Föderalisten gegründet.

Das Plädoyer finden Sie unter: http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9188_1.pdf

**KONRAD ADENAUER: „EINE HOFFNUNG IST UNS
GEKOMMEN – DIE EUROPÄISCHE UNION“**

ERÖFFNUNGSREDE AUF DEM 2. PARTEITAG DER CDU
DER BRITISCHEN ZONE
RECKLINGHAUSEN, 28. AUGUST 1948

Die Zürcher Rede Winston Churchills vom 19. September 1946 bestärkt auch Konrad Adenauer in seinen Überlegungen zur Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“. Im Mai 1948 versammeln sich in Den Haag zahlreiche Vertreter der Europabewegung. Sie fordern u.a. die Gründung einer europäischen parlamentarischen Versammlung. Erstmals nach dem Krieg nimmt eine deutsche Delegation an einem internationalen Kongress teil. Ihr gehört Konrad Adenauer an. Am 28. August 1948 geht er auf dem 2. Parteitag der CDU der Britischen Zone ausführlich auf die europäische Einigung ein.

Die Rede finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9181_1.pdf

ROBERT SCHUMAN: „SCHUMAN-PLAN“

ERKLÄRUNG DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG ÜBER EINE
GEMEINSAME DEUTSCH-FRANZÖSISCHE SCHWERINDUSTRIE
PARIS, 9. MAI 1950

Am 18. April 1951 unterzeichnen Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg in Paris den Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion). Er unterstellt die Montanindustrie der Mitgliedsländer einer gemeinsamen Kontrolle. Der Vertrag geht auf eine Initiative des französischen Außenministers Robert Schuman zurück, dessen Ziel es ist, durch eine gemeinsame Kontrolle der kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl zur Sicherung des innereuropäischen Friedens beizutragen und diese gemeinsame Grundlage als ersten Schritt für eine Vereinigung der europäischen Nationen zu nutzen. Die Erklärung der französischen Regierung vom 9. Mai 1950 über eine gemeinsame deutsch-französische Schwerindustrie gibt die Kerngedanken des Schuman-Plans wider.

Die Regierungserklärung finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9193_1.pdf

WALTER HALLSTEIN: „DAS ERGEBNIS EINER LANGEN, BEHARRLICHEN ARBEIT: DIE RÖMISCHEN VERTRÄGE“
 ERKLÄRUNG DER BUNDESREGIERUNG VOR UNTERZEICHNUNG
 BONN, 21. MÄRZ 1957

Am 25. März 1957 unterzeichnen die sechs Staaten der Montanunion in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Walter Hallstein, in den Jahren 1950 bis 1957 enger Mitarbeiter und Berater Konrad Adenauers und von 1958 bis 1967 erster Präsident der EWG-Kommission, ist am Zustandekommen der Verträge wesentlich beteiligt. Als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gibt er am 21. März 1957 im Deutschen Bundestag für die Bundesregierung folgende Erklärung ab:

Die Regierungserklärung finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9192_1.pdf

KONRAD ADENAUER: „ENTWICKLUNG DER EWG“
 ERKLÄRUNG DER BUNDESREGIERUNG ZUM ÜBERGANG
 IN DIE ZWEITE PHASE DES GEMEINSAMEN MARKTES
 AM 14. JANUAR 1962
 BONN, 17. JANUAR 1962

Am 14. Januar 1962 stellt der Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft deren Übergang in die zweite Phase des gemeinsamen Marktes fest. Als Konrad Adenauer drei Tage später an das Rednerpult im Plenarsaal des Deutschen Bundestages tritt, geht es ihm weniger um die Details der verabschiedeten Verordnungen als vielmehr um den politischen und ideengeschichtlichen Kontext, in dem diese Vereinbarungen beschlossen wurden. Vielfalt zu bewahren, widerstreitende Interessen auszutragen und nicht zu verdecken und dennoch Handlungsfähigkeit zu beweisen – darin liegt für Adenauer die Kernbotschaft der Brüsseler Entscheidungen. „Wir glauben, dass dieses europäische Einigungswerk der stärkste Hort für die menschliche Freiheit ist, den wir aufrichten können: unter westeuropäischen Staaten und Völkern kann es keinen Krieg mehr geben [...] Alle, die am europäischen Einigungswerk mitgearbeitet haben und mitwirken, arbeiten für die Sache des Friedens und der Freiheit, der Freiheit in Europa und in der ganzen Welt“.

Die Regierungserklärung finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9180_1.pdf

**RICHARD VON WEIZSÄCKER: „DENN EUROPA STEHT FÜR
EINE HUMANE UND FREIHEITLICHE LEBENSFORM“**

REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

BONN, 19. JANUAR 1977

Nach den Wahlen zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976 wird Helmut Schmidt mit der knappen Mehrheit der sozial-liberalen Koalition am 15. Dezember erneut zum Kanzler gewählt. In der Aussprache zur Regierungserklärung ergreift seitens der Opposition nach Helmut Kohl, Franz Josef Strauß und Rainer Barzel der Abgeordnete und spätere Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Wort. Er macht den „Parteien des Sozialismus“ zum Vorwurf, sich einer Renationalisierung der Europapolitik zu verschreiben, und warnt mit Blick auf die bevorstehenden Direktwahlen zum Europäischen Parlament (1979) vor den Gefahren von Eurokommunismus und Volksfrontbündnissen.

Die Rede finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9195_1.pdf

**FRANÇOIS MITTERRAND: „NICHTS VERMÖGEN WIR
OHNE DIE FREIHEIT“**

VERLEIHUNG DES INTERNATIONALEN KARLSPREISES

ZU AACHEN AN FRANÇOIS MITTERRAND UND HELMUT KOHL

AACHEN, 1. NOVEMBER 1988

Als der französische Staatspräsident am 1. November 1988 mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet wird, kann noch niemand ahnen, dass sich die politische Landkarte Europas ein gutes Jahr später vollständig verändern wird. Und doch richtet François Mitterrand 1988 den Blick über die Grenzen der gegenwärtigen Gemeinschaft hinaus. Er, dem an einem „Europa der Kultur“ gelegen ist, ist überzeugt davon, dass es nicht ausreicht, funktionstüchtige politische Institutionen in Europa zu schaffen. Er weiß, dass es um mehr geht: um die einende Idee des gemeinsamen kulturellen Erbes, das ihm zugleich Garant seines Freiheitsideals ist: „Die Freiheit, schlicht und einfach die Freiheit, nichts vermögen wir ohne die Freiheit. Und nichts vermögen wir ohne die Kultur. Und vielleicht haben diese beiden unterschiedlichen Begriffe sogar dieselbe Bedeutung“. Gerade deshalb kann der Franzose im Einklang mit seinem Vorredner, dem Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, feststellen, „dass Europa nicht an den Grenzen der Europäischen Gemeinschaft endet“.

Die Rede finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9187_1.pdf

HELMUT KOHL:

„DIE IDEE EUROPA – DIE ZUKUNFT DES KONTINENTS“

REDE AUF DEM FACHKONGRESS „KULTURGEMEINSCHAFT
EUROPAS“ DER CDU

FRANKFURT/ODER, 31. OKTOBER 1991

Ein gutes Jahr nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands unterstreicht Bundeskanzler Helmut Kohl vor der CDU erneut, dass für ihn die deutsche und die europäische Einigung zwei Seiten einer Medaille bleiben. Helmut Kohl geht es um die „Idee Europas“, um die Idee der „Kulturgemeinschaft“, deren prägende Kraft für ihn Voraussetzung aller politischen Aktivitäten ist, um die Teilung Europas und deren Folgen endgültig zu überwinden. Es ist die Idee, die drei Jahre zuvor schon François Mitterrand in Aachen beschworen hat und die beide Staatsmänner eint: „Gerade darin liegt das Geheimnis der ungebrochenen Kraft Europas: im fruchtbaren Spannungsverhältnis zwischen Einheit und lebendiger Vielfalt unseres kulturellen Erbes [...] ‚Einheit in Vielfalt‘ ist nicht zuletzt Voraussetzung für die Kreativität und Schaffenskraft der Menschen in Wirtschaft und Politik, in Wissenschaft und Kultur.“

Die Rede finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9184_1.pdf

JACQUES CHIRAC: „NOTRE EUROPE – UNSER EUROPA“

REDE VOR DEM DEUTSCHEN BUNDESTAG

BERLIN, 27. JUNI 2000

Am 27. Juni 2000 – drei Tage vor der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Frankreich – spricht Jacques Chirac als erster ausländischer Staatschef im Berliner Reichstag – ein Auftritt, der mit Spannung erwartet wird, hat Außenminister Fischer doch im Vormonat mit seiner Idee einer europäischen Föderation und einer Avantgarde innerhalb der EU für – keineswegs ungeteilt positive – Aufmerksamkeit gesorgt. Dieser Idee kann Chirac – ein klares Signal an den Briten Blair – einiges

abgewinnen, wenn denn die Nation Ausgangspunkt und Grundlage aller Integrationsbemühungen bleibt, die nach Abschluss des Vertrages von Amsterdam im Juni 1997 an Fahrt verloren haben. Chirac geht sogar noch einen Schritt weiter: Deutschland und Frankreich sollen in dieser „Avantgarde-Gruppe“ die Führungsrolle übernehmen: „Nur sie vermögen Europa voranzubringen“.

Die Rede finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9186_1.pdf

**ROMANO PRODI: „FÜR EIN STARKES EUROPA,
DAS AUF EIN GROSSES ZIEL AUSGERICHTET
UND HANDLUNGSFÄHIG IST“**

REDE VOR DEM INSTITUT D'ETUDES POLITIQUES
PARIS, 29. MAI 2001

Am 11. Dezember 2000 unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs der EU den Vertrag von Nizza, der die Union auf die bevorstehende Osterweiterung vorbereiten soll. Für den Präsidenten der EU-Kommission, Romano Prodi, ist dieser Vertrag das Signal, sich der institutionellen Aufgaben der Gemeinschaft anzunehmen. „Es ist an der Zeit, das politische Europa aufzubauen“ – mit diesen Worten fordert er am 29. Mai 2001 in Paris die Europäer auf, ihre zukünftigen Ziele zu definieren und über Methodik und Instrumente für deren Umsetzung nachzudenken. Die Idee Europa, die Werte- und Kulturgemeinschaft, die vor wenigen Jahren Helmut Kohl und François Mitterrand in das Bewusstsein der Menschen gerückt haben, scheint Prodi nicht mehr gefährdet zu sein. Er setzt sie als selbstverständlich voraus, wenn er davon spricht, dass die Grundlagen für konkretes politisches Handeln nun gegeben seien – mehr noch: Europa verfüge mit seinem wirtschaftlichen Gewicht, der Erweiterung und seinem geistigen Kapital über drei große Trümpfe, angesichts derer „wir keine Angst vor der Globalisierung zu haben“ brauchen. „Nach den Händlern ist es nun an den Völkern, die Europäische Union aufzubauen.“

Die Rede finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9189_1.pdf

WILLEM FREDERICK DUISENBERG:

**„DIE WÄHRUNGSUNION HAT DEN MENSCHEN NICHT
IHR GELD WEGGENOMMEN – SIE HAT ES IHNEN ZURÜCK-
GEBRACHT“**

REDE ZUR VERLEIHUNG DES INTERNATIONALEN KARLSPREISES
ZU AACHEN AN DEN EURO, GETRAGEN VON DER EUROPÄISCHEN
ZENTRALBANK

AACHEN, 9. MAI 2002

Als der Präsident der Europäischen Zentralbank am 9. Mai 2002 für seine Institution den Internationalen Karlspreis entgegennimmt, scheint wieder etwas von einer Vision Europa auf, denn ein großer Teil der Aufmerksamkeit für den Euro – so führt er aus – gelte „weniger der Währung selbst als vielmehr der politischen Vision, der er seine Existenz verdankt und deren Symbol er geworden ist.“ Die Einführung einer neuen Währung ist für ihn daher nicht nur ein weiterer Baustein auf dem Weg zur wirtschaftlichen Einheit Europas, sondern auch Teil eines umfassenden europäischen Gesellschaftsvertrages mit dem Ziel, die Bürger Europas „von all den Funktionen profitieren“ zu lassen, die das Geld erfülle, und damit Frieden und Wohlstand zu garantieren. Gerade, weil er die Einführung des Euros als Gesellschaftsvertrag begreift, kann der oberste Währungshüter in Aachen vehement die Flankierung durch einen zweiten Gesellschaftsvertrag, einen europäischen Verfassungsvertrag, fordern.

Die Rede finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9191_1.pdf

**WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI: „WERTEGEMEINSCHAFT UND
KULTURRAUM EUROPA – WAS BRINGEN DIE NEUEN EIN?“**

REDE VOR DER EUROPÄISCHEN AKADEMIE BERLIN

BERLIN, 26. MAI 2004

Am 1. Mai 2004 treten Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern der Europäischen Union bei. Drei Wochen später greift der ehemalige polnische Außenminister Władysław Bartoszewski in einer Rede vor der Europäischen Akademie in Berlin die Idee von der Werte- und Kulturgemeinschaft Europa auf. „Diese europäische Gemeinsamkeit im Geistigen, im Denken, in der Wissenschaft, in der Kultur, in der Kunst wird – wie schon mehrmals zuvor

– die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme überdauern.“ Die Überzeugung, dass die Gemeinschaft stets mehr als ein Zweckbündnis zur Mehrung des Wohlstandes ihrer Mitglieder gewesen sei, ist die Grundlage für seine ausführliche Auseinandersetzung mit der Frage, wo zukünftig die Grenzen Europas liegen sollen.

Die Rede finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9196_1.pdf

**VALÉRY GISCARD D’ESTAING: „EUROPA IM AUFWIND –
DIE EUROPÄISCHE BOTSCHAFT HEUTE“**

STUTTGARTER REDE ZUM EUROPATAG

STUTTGART, 5. MAI 2002

Um die Jahreswende 2001/2002 steht die Europäische Union vor zwei Herausforderungen: vor der Osterweiterung und damit vor der größten Erweiterung ihrer Geschichte und vor der Aufgabe, ihre Entscheidungsverfahren, die ohnehin schon an ihre Grenzen gestoßen sind, dieser neuen Situation anzupassen. Auf seinem Gipfel im belgischen Laeken vom 13. bis 15. Dezember 2001 beschließt der Europäische Rat, einen „Konvent zur Zukunft Europas“ einzuberufen, der Wege für die künftige Gestaltung der Union aufzeigen und einen Verfassungsentwurf vorlegen soll. Der Präsident des Konvents, der frühere französische Staatspräsident Valéry Giscard d’Estaing stellt am 5. Mai 2002 in Stuttgart das Arbeitsprogramm vor.

Die Rede finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9197_1.pdf

TONY BLAIR:

„ICH GLAUBE AN EUROPA ALS POLITISCHES PROJEKT“

REDE VOR DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

STRASSBURG, 23. JUNI 2005

Es ist nicht ganz einfach für den britischen Premierminister Tony Blair, im Juni 2005 dem Straßburger Parlament zu verdeutlichen, dass sein Land hinter dem europäischen Einigungsprozess steht – in einer Zeit, in der seine eigene Partei zunehmend Kritik übt und die britischen Kon-

servativen offen darüber diskutieren, aus der Fraktionsgemeinschaft der EVP auszutreten.

Blair konzentriert sich daher auf das Glaubwürdigkeitsproblem, unter dem Europa leide und das daher auch die Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden beeinflusst habe – für ihn eine Krise der politischen Führung Europas. Ankündigungen, hochgesteckte Erwartungen, mangelhafte Umsetzung und anschließende Enttäuschung – so erklärt der britische Premier die Schwierigkeiten. Realitätsnähe und Anpacken der bereits definierten Aufgaben seien gefordert, keine weiteren Ideen. Europa ist für ihn – diesen Gedanken teilt er mit Romano Prodi – eben ein „politisches Projekt“. In Umbruchszeiten, zu denen er auch den Beginn des 21. Jahrhunderts rechnet, „müssen Menschen mit moderaten Einstellungen die Führung übernehmen“ – mit einem klaren Ziel: „Es geht nicht um die Idee der Europäischen Union. Es geht um Modernisierung.“

Die Rede finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9183_1.pdf

NIKOLAS SARKOZY:

„WIR MÜSSEN EUROPA EINE VISION GEBEN“

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG / DEUTSCHE GESELLSCHAFT
FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK
BERLIN, 16. FEBRUAR 2006

Am 18. Februar 2006 tritt mit dem französischen Innenminister Sarkozy der Repräsentant eines der beiden Länder in der Konrad-Adenauer-Stiftung auf, dessen Bevölkerung in einem Referendum den Europäischen Verfassungsvertrag abgelehnt hat. Seine Antwort auf die aktuellen Schwierigkeiten ist eindeutig: Er sieht Deutschland und Frankreich in der Pflicht, als Paar, aber auch gemeinsam im Rahmen der großen europäischen Länder – also mit Hilfe einer Kerngruppe – das europäische Aufbauwerk voranzubringen: „Der deutsch-französische Motor [...] ist eine Errungenschaft, ein Kapital, das wir in Europa gewinnbringend einsetzen müssen.“ Über das Hauptziel der deutsch-französischen Aktivitäten läßt er dabei keine Zweifel aufkommen: eine konkrete europäische Interessenpolitik – auch und vor allem im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen – gegenüber anderen Regionen der Welt: „Europa muss seine Interessen

vertreten und nicht abstrakte Werte“ – eine dezidiert andere Vorstellung von Europa, wie sie ein Jahr zuvor Tony Blair im Straßburger Parlament skizziert hat, der zwar auch konkrete politische Entscheidungen über die Frage der Wertegemeinschaft stellt, die EU aber auf die Umsetzung der bestehenden Agenda beschränken möchte.

Die Rede finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9190_1.pdf

ANGELA MERKEL: „DIE EUROPÄISCHE IDEE NEU DENKEN“
REGIERUNGSERKLÄRUNG
BERLIN, 11. MAI 2006

Zwei Tage nach dem Europatag 2006 ergreift Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bundestag das Wort, um die großen Linien der anstehenden EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im ersten Halbjahr 2007 abzu- stecken. Die historische Begründung Europas – deren Bedeutung für das Verständnis der Integrationspolitik sie durchaus betont – reicht ihr dabei nicht mehr aus. Eine erfolgreiche Neubegründung orientiere sich an der Frage, „ob das Modell der Sozialen Marktwirtschaft, ob unsere Vorstellungen von der Würde des Menschen so überlegen, so dominant, so durchschlagend sind, dass wir nicht nur in der Vergangenheit die Schlacht im Kalten Krieg gewinnen konnten, sondern dass wir auch jetzt in einer gemeinsam verantworteten Welt unsere Art, zu leben, weiter- führen können und anderen als Vorbild zeigen können“ – kurz, die Neu- begründung Europas orientiere sich an seiner zukünftigen Handlungsfä- higkeit. Handlungs- und damit entscheidungsfähig aber sei Europa nur, wenn dessen innere Verfasstheit dies ermögliche – ein klares Plädoyer, die Bemühungen um einen gemeinsamen Verfassungsvertrag fortzuset- zen – und wenn Konsens über die äußeren Grenzen, mithin auch über die Grenzen der Erweiterung bestehe. Beitrittsverhandlungen seien keine Einbahnstraße: „Wir helfen den Ländern nicht, wenn wir die Defizite ein- fach unter den Teppich kehren und davon ausgehen, dass die Europä- ische Union und die europäische Idee sie schon zudecken werden.“

Die Regierungserklärung finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9185_1.pdf

JEAN-CLAUDE JUNCKER:**„EUROPA HAT EINE AUFGABE IN DER WELT“**

VERLEIHUNG DES INTERNATIONALEN KARLSPREISES

ZU AACHEN AN JEAN-CLAUDE JUNCKER

AACHEN, 26. MAI 2006

Im Mai 2006 verleiht die Karlspreisgesellschaft zu Aachen ihre Auszeichnung an den luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Juncker. In seiner Rede ermuntert er die Deutschen, Stolz auf ihre staatliche Einheit zu zeigen und sich bewusst zu machen, dass dieser Erfolg das Produkt einer konsequenten europäischen Integrationspolitik gewesen sei. Die Osterweiterung der Union ist für ihn eine logische Folge dieser Politik, „der endgültige Sieg der Zivilisation über die Verrücktheiten der Herren Stalin und Hitler“. Europa ist und bleibt für ihn eine Wertegemeinschaft, deren Bestand sie auch mit politischen Misserfolgen fertig werden lässt.

Ein Jahr nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden nutzt Jean-Claude Juncker seinen Auftritt in Aachen, um erneut für dieses Ziel zu werben: „Diese europäische Verfassung ist nicht tot. Es reicht nicht, wenn zwei sagen, etwas ist tot [...] Ich werde für diese Verfassung [...] weiterhin kämpfen, bis dass alle der Substanz dieser europäischen Verfassung zugestimmt haben.“

Bei aller Kritik an denjenigen, die in Europa „dauernd auf den Bremsen sitzen“, vermag Juncker einem Kerneuropa-Konzept dabei weniger abzugewinnen: „Wir sollten nicht von vornherein, a priori, sagen, es gibt einige Dinge, die machen wir zu viert, zu fünft, zu sechst, und die anderen Projekte werden von anderen erledigt.“

Die Rede finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9182_1.pdf

ANGELA MERKEL:**„DIE ROLLE DER EU AUF DER INTERNATIONALEN BÜHNE“**

GRUNDSATZREDE ZU PLANUNGEN FÜR DIE

DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT

BERLIN, 8. NOVEMBER 2006

Zwei Monate vor Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft greift Angela Merkel ihr Postulat von einer Neubegründung Europas wieder auf: „Es reicht nicht mehr aus, allein den Bezug zur Vergangenheit zu nehmen und an die Brücken, die damals zwischen den Ländern gebaut wurden [...], zu erinnern, sondern es kommt darauf an, dieses Europa auch wieder neu für das 21. Jahrhundert zu begründen.“ In der Tradition der Christlichen Demokraten, besonders Helmut Kohls, betont auch sie, wie wichtig das gemeinsame Band der Werte- und Kulturgemeinschaft bleibt: „Europäische Zusammenarbeit wird auch in Zukunft immer wer-tegebunden sein. Wenn sie Bestand haben soll, muss sie wer-tegebunden sein.“ In den Mittelpunkt ihrer Rede über eine wer-tegebundene Neube-gründung rückt die Bundeskanzlerin die internationalen Herausforde-rungen und den zukünftigen Sicherheitsbegriff: „Europa leitet [...] ein Sicherheitsbegriff, den ich als umfassenden Sicherheitsbegriff darstellen möchte, und der [...] besagt: Militärische Krisenbewältigung kann immer nur im Verbund mit zivilen Bemühungen um Stabilität und Wiederaufbau Erfolg haben“.

Die Grundsatzrede finden Sie unter:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_9777_1.pdf

ANGELA MERKEL:**„REGIERUNGSERKLÄRUNG DER BUNDESKANZLERIN****ZUR DOPPELPRÄSIDENTSCHAFT“ VOR DEM DEUTSCHEN****BUNDESTAG**

BERLIN, 14. DEZEMBER 2006

Zwei Wochen vor Beginn der deutschen Doppelpräsidentschaft geht Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag ausführlich auf das Verhältnis der Europäischen Union zu ihren Nachbarn ein. Einen Automatismus für eine ständige Er-weiterung sieht sie dabei nicht: „Wir alle wissen, dass die Perspektive zum Beitritt noch kein Garantieschein für eine spätere Mitgliedschaft ist.“

Es müssen die Kriterien eingehalten werden, auf die sich der EU-Vertrag gründet, und es müssen die Beitrittskriterien eingehalten werden, die durch die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs festgelegt sind.“ Angela Merkel möchte dies ausdrücklich nicht als Drohung oder gar als Ausgrenzung verstanden wissen.

Im Gegenteil: Zu den Schwerpunkten der deutschen Ratspräsidentschaft soll durchaus auch eine Institutionalisierung der Beziehungen der Union zu ihren Nachbarn zählen: „Es besteht die Notwendigkeit – das wird auch während unserer Präsidentschaft eine Rolle spielen und an Bedeutung gewinnen –, Staaten enger an die Europäische Union zu binden, ohne ihnen bereits die Vollmitgliedschaft oder überhaupt etwas zusagen zu können.“

Prägen sollen die deutsche Ratspräsidentschaft darüber hinaus folgende Themen:

- auf dem Gebiet der institutionellen Weiterentwicklung:
 - erste Schritte zur Einführung des Diskontinuitätsprinzips
 - der Abbau von überzähligen Richtlinien und von bürokratischen Hemmnissen
 - die Vorlage eines Fahrplans zur EU-Verfassung
- mit Blick auf die wirtschafts- und sozialpolitische Zukunft:
 - die Arbeit an der Vollendung des Binnenmarktes mit einem Schwerpunkt auf der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen, ohne jedoch die Notwendigkeit von Sozial- und Umweltstandards aus den Augen zu verlieren
 - die Verabschiedung eines Aktionsplanes für eine Energiepolitik für Europa
 - die intensive Begleitung des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms
- im Bereich der Außenbeziehungen:
 - die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO, v.a. mit Blick auf die Stabilisierung des westlichen Balkans
 - die aktive Förderung der Dialogbereitschaft im Nahen Osten

All dies soll im Jahr des 50jährigen Jubiläums der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Zeichen des gemeinsamen europäischen Werteverständnisses in Angriff genommen werden: „Europa gründet sich auf

dem Willen, die Zukunft gemeinsam besser zu gestalten. Europa gründet sich aber vor allem auf Werten, die wir alle teilen: Freiheit und Gerechtigkeit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenwürde.“

Die Regierungserklärung finden Sie unter:

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2006/12/2006-12-14-regierungserklaerung-bkin-doppelpraesidentschaft.html>

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIKER

NAMEN IN EUROPA

DIE CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN VORSITZENDEN WÄHREND DER DEUTSCHEN RATSPRÄSIDENTSCHAFT 2007

Angela Merkel, CDU	Vorsitzende des Europäischen Rates
Michael Glos, CSU	Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN)
Wolfgang Schäuble, CSU	Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Innere Sicherheit
Ursula von der Leyen, CDU Horst Seehofer, CSU	Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz
Michael Glos, CSU Annette Schavan, CDU	Wettbewerbsfähigkeit

Ursula von der Leyen, CSU Annette Schavan, CDU	Bildung, Jugend, Kultur
Michael Glos, CSU	Verkehr, Telekommunikation, Energie
Horst Seehofer, CSU	Landwirtschaft und Fischerei

Quelle: Auswärtiges Amt

**DIE ABGEORDNETEN DER CDU/CSU IM
EUROPÄISCHEN PARLAMENT 2004-2009**

Berend, Rolf (CDU)
Böge, Reimer (CDU)
Brok, Elmar (CDU)

Caspary, Daniel (CDU)

Deß, Albert (CSU)

Ehler, Dr. Christian (CDU)

Ferber, Markus (CSU)
Florenz, Karl-Heinz (CDU)
Friedrich, Dr. Ingo (CSU)

Gahler, Michael (CDU)
Gewalt, Roland (CDU)
Goepel, Dr. Lutz (CDU)
Gomolka, Prof. Dr. Alfred (CDU)
Gräßle, Dr. Inge (CDU)

Hieronymi, Ruth (CDU)
Hoppenstedt, Dr. Karsten Friedrich (CDU)

Jarzembowski, Dr. Georg (CDU)
Jeggle, Elisabeth (CDU)

Klamt, Ewa (CDU)
Klaß, Christa (CDU)
Koch, Dr. Dieter-Lebrecht (CDU)
Konrad, Dr. Christoph (CDU)

Langen, Dr. Werner (CDU)
Lauk, Prof. Dr. Kurt J. (CDU)
Lechner, Kurt (CDU)
Lehne, Klaus-Heiner (CDU)
Liese, Dr. Peter (CDU)
Mann, Thomas (CDU)
Mayer, Prof. Dr. Dr. Hans-Peter (CDU)

Nassauer, Hartmut (CDU)
Niebler, Dr. Angelika (CSU)

Pack, Doris (CDU)
Pieper, Dr. Markus (CDU)
Pöttering, Prof. Dr. Hans-Gert (CDU)
Posdorf, Prof. Dr. Horst Eckart Alwin (CDU)
Posselt, Bernd (CSU)

Quisthoudt-Rowohl, Dr. Godelieve (CDU)

Radwan, Alexander (CSU)
Reul, Herbert (CDU)

Schnellhardt, Dr. Horst (CDU)
Schröder, Jürgen (CDU)
Schwab, Dr. Andreas (CDU)
Sommer, Dr. Renate (CDU)
Stauner, Dr. Gabriele (CSU)

Ulmer, Dr. Thomas (CDU)

Weber, Manfred (CSU)
Weisgerber, Dr. Anja (CSU)
Wieland, Rainer (CDU)
Wogau, Dr. Karl von (CDU)

Quelle: CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion 2007

**DIE CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN MITGLIEDER
DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION 2004-2009**

José Manuel Barroso, Portugal	Präsident
Franco Frattini, Italien	Vizepräsident – Justiz, Freiheit, Sicherheit
Jacques Barrot, Frankreich	Vizepräsident – Verkehr
Joe Bor, Malta	Fischerei und maritime Angelegenheiten
Charlie McCreevy, Irland	Binnenmarkt und Dienstleistungen
Stavros Dimas, Griechenland	Gesundheit
Benita Ferrero-Waldner, Österreich	Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik
Jn Figel, Slowakei	Allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Multilingualismus
Viviane Reding, Luxemburg	Informationsgesellschaft und Medien

Quelle: Europäische Kommission

**CHRONIK DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN PRÄSIDENTEN
DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION**

Walter Hallstein (Deutschland), 1. Präsident der EG-Kommission 1958-1967

Franco Maria Malfatti (Italien), 1970-1972

Jacques Santer (Luxemburg), 1995-1999

José Manuel Barroso (Portugal), seit 2004

Quelle: Europäische Kommission

CHRONIK DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Alcide De Gasperi (Italien), 1954

Giuseppe Pella (Italien), 1954-1956

Hans Furler (Deutschland), 1956-1958

Robert Schuman (Frankreich), 1958-1960

Hans Furler (Deutschland), 1960-1962

Jean Duvieusart (Belgien), 1964-1965

Victor Leemans (Belgien), 1965-1966

Alain Poher (Frankreich), 1966-1969

Mario Scelba (Italien), 1969-1971

Emilio Colombo (Italien), 1977-1979

Nicole Fontaine (Frankreich), 1999-2001

Hans-Gert Pöttering (Deutschland), seit Januar 2007

Quelle: EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

PUBLIKATIONEN UND INTERNET- SEITEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

PUBLIKATIONEN DER KONRAD-ADENAUER- STIFTUNG (AUSWAHL)

- *ATILGAN, CANAN: Westliche Werte und Europäische Identität, Konferenzbericht, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2005.*
- *ATILGAN, CANAN: Die Rechtsstaatlichkeit als Kernelement der europäischen politischen Identität, Konferenzbericht, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2006.*
- *ATILGAN, CANAN / KLEIN, DEBORAH: EU-Integrationsmodelle unterhalb der Mitgliedschaft, Reihe: Arbeitspapier Nr. 158, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin / Sankt Augustin 2006.*
- *ATILGAN, CANAN / KLEIN, DEBORAH: Europa lohnt sich. Was jeder über die Europäische Union wissen sollte, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin/Sankt Augustin 2007.*
- *ATILGAN, CANAN: Der Europäische Verfassungsvertrag. Aufgeschobene Reformagenda, Reihe: Analysen und Argumente der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 22, Berlin/Sankt Augustin 2005.*

- *ATILGAN, CANAN (HRSG.): Europe Is Worth It. Why the EU is vital for Its Member States, Kongress-Dokumentation, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2006.*
- *BECKER, WINFRIED: „Nachdenken über Europa: Christliche Identität und Gewaltenteilung“, in: Historisch-Politische Mitteilungen, Archiv für Christlich-Demokratische Politik 12 (2005), S. 1-24.*
- *BROK, ELMAR: „Der Europäische Verfassungskonvent“, in: KAS-Auslandsinformationen, Ausgabe 1/2003, S. 14-28.*
- *BROK, ELMAR / SAUER, FRANK: Europa rechnet sich! Warum die EU für Deutschland unverzichtbar ist, Reihe: Analysen und Argumente der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 24, Berlin/Sankt Augustin 2005.*
- *BUSCHER, HERBERT S.: Ein Jahr nach der Osterweiterung. Erste Erfahrungen, Probleme, Aussichten. Zukunftsforum Politik Nr. 67, Sankt Augustin 2005.*
- *DANWITZ, THOMAS VON (HRSG.): Eine Verfassung für die Europäische Union. Sankt Augustin 2004.*
- *Die Ära Kohl im Gespräch: Von der „Eurosklrose“ zum Maastrichter Vertrag. Mit Beiträgen von Werner Link, Andreas Wirsching u.a., in: Historisch-Politische Mitteilungen, Archiv für Christlich-Demokratische Politik 10 (2003), S. 255-324.*
- *Die Politische Meinung, Monatszeitschrift zu Fragen der Zeit: Themenschwerpunkt „Zukunftsprojekt Europa“. Mit Beiträgen zur EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe Nr. 444, November 2006.*
- *Europa – Vereint oder entzweit? Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration, Kongress-Dokumentation, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2004.*
- *FONTAINE, PASCAL: 50 Jahre – Geschichte der EVP-ED-Fraktion im Dienst des Vereinten Europas, Brüssel 2003, herausgegeben von der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament.*

- GAAL-LÖWE, JÜRGEN VON: *Gründe für eine unveränderte Beibehaltung des EU-Stabilitätspaktes. Arbeitspapier Nr. 142, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2005.*
- KLEIN, HANS H.: *„Kompetenzfülle der Europäischen Union. Zur Charta der Grundrechte“, in: Die Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe Nr. 380, Juli 2001, S.45-53.*
- LAMERS, KARL: *Nation – Europa – Zukunft, Reihe: Grundlagen der Christlichen Demokratie, Ausgabe 6/2006, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2006.*
- LAMMERT, NORBERT: *„Europäisches Bewusstsein – Europäische Identität“, in: Braun, Michael / Lermen, Birgit / Schmidt, Lars Peter u.a. (Hrsg.): Europa im Wandel. Literatur, Werte und Europäische Identität, Sankt Augustin 2005, S. 275-282.*
- MERZ, FRIEDRICH: *Zehn Jahre Europäischer Binnenmarkt. Rückblick und Perspektiven. Europapolitisches Kolloquium der Konrad-Adenauer-Stiftung am 18. Dezember 2002 in Berlin. Sankt Augustin 2003.*
- PIEPENSCHNEIDER, MELANIE: *Europäische Integration als nationales Interesse. Aktuelle Begründungen für die deutsche Europapolitik, Reihe: Aktuelle Fragen der Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe 10/1994.*
- PÖTTERING, HANS-GERT: *Europa im 21. Jahrhundert – Überlegungen zur Zukunft der europäischen Ordnung. Rede im Rahmen der Walter Hallstein Lecture 2002 am 28. November 2002 in Berlin, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2002.*
- PÖTTERING, HANS-GERT: *„Das große Friedensprojekt. Zu den wichtigsten aktuellen Herausforderungen an die Europäische Union“, in: Die Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe Nr. 413, April 2004, S. 11-15.*
- RANGE, TATJANA: *Europäische Verfassung: neue EU-Kompetenzen für den Deutschen Bundestag: Befugnisse und Handlungsoptionen. Arbeitspapier Nr. 136, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2004.*

- *REDING, VIVIANE: Partei der Einigung Europas. Die wichtige Rolle der CDU in der Europapolitik, in: Die Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe Nr. 442, Januar 2005, S.13-16.*
- *REUTER, FRANZ-JOSEF: Die Erweiterung der Europäischen Union. Historische Chance mit Hindernissen. Arbeitspapier Nr. 30, Brüssel 2001.*
- *REUTER, FRANZ-JOSEF: Quo vadis Europa? Die europäische Agenda nach dem EU-Gipfel von Laeken. Arbeitspapier Nr. 56, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2002.*
- *RINSCHKE, GÜNTER (HRSG.): Frei und geeint – Europa in der Politik der Unionsparteien, Köln 1997.*
- *STEPPACHER BURKARD: EU-Grundrechtscharta. Ziele, Methoden, Bewertung. Sankt Augustin 2000. (Dokumentation/März 2000)*
- *STEPPACHER, BURKARD: Der Europäische Konvent. Auftrag, Zusammensetzung, Problemfelder. Arbeitspapier Nr. 79, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2002.*
- *STEPPACHER, BURKARD: Synopse: Aktuelle Vorschläge zur europäischen Verfassungsdiskussion. Arbeitspapier Nr. 80, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2002.*
- *STUTH, REINHARD: Der Vertrag von Nizza – eine kritische Analyse. Zukunftsforum Politik, Nr. 21, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2001.*
- *SZECH-KOUNDOUROS, SUSANNE: Was bringt die EU-Verfassung? Übersicht über das Ergebnis der Regierungskonferenz zur Europäischen Verfassung. Arbeitspapier Nr. 137, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2004.*
- *UERTZ, RUDOLF: „Von der Montanunion zur EU. Die Europaidee und ihre politische Realisierung“, in: Buchstab, Günter / Uertz, Rudolf (Hrsg.): Nationale Identitäten im vereinten Europa, Freiburg 2006, S. 30-54.*

- VOGEL, BERNHARD U.A.: *Die Europäische Union als Wertegemeinschaft. Ansprachen am 22. November 2004 aus Anlass des 55. Jahrestages der Unterzeichnung des Petersberger Abkommens im Gasthaus Petersberg, Königswinter. Sankt Augustin 2004.*
- VOGEL, BERNHARD: „Demokratie und abendländische Werte - Bausteine europäischer Identität“, in: Braun, Michael / Lermen, Birgit / Schmidt, Lars Peter u.a. (Hrsg.): *Europa im Wandel. Literatur, Werte und Europäische Identität; Sankt Augustin 2005, S. 17-29.*

Auf unserer Homepage <http://www.kas.de> finden Sie in zeitlicher Reihenfolge weitere Veröffentlichungen der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Themenfeld „Europa“.

PUBLIKATIONEN DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (AUSWAHL)

- „Die Zukunft der Europäischen Union“, in: *Das Parlament*, Themenausgabe, Nr. 13/2006.
- Europäische Union. Informationen zur politischen Bildung Nr. 279, Bonn, überarbeitete Neuauflage 2006.

THEMENBLÄTTER ALS PDF-DATEIEN ZUM HERUNTERLADEN ZU EUROPA

- Themenblatt Nr. 46 – Europa in guter Verfassung?
http://www.bpb.de/publikationen/OKNTIM,0,Nr_46_Europa_%96_in_guter_Verfassung.html
- Themenblatt Nr. 34 – Europa der 25
http://www.bpb.de/publikationen/K5XPDO,0,0,Nr_34_Europa_der_25.html
- Themenblatt Nr. 15 – Osterweiterung der Europäischen Union
http://www.bpb.de/publikationen/O9GOH3,,0,Nr_15_Osterweiterung_der_Europ%E4ischen_Union.html

- Themenblatt Nr. 10 – Wer macht was in Europa?
http://www.bpb.de/publikationen/1GIL6Y,,0,Nr_10_Wer_macht_was_in_Europa.html

Schriftenreihe

- *Balibar, Etienne: Sind wir Bürger Europas?, Schriftenreihe, Band 525, Bonn 2005.*
- *Brunn, Gerhard: Die Europäische Einigung, Schriftenreihe, Band 472, Bonn 2004.*
- *Gasteyger, Curt: Europa zwischen Spaltung und Einigung, Schriftenreihe, Band 485, Bonn 2005.*
- *Läufer, Thomas (Hrsg.): Verfassung der Europäischen Union, Schriftenreihe, Band 474, Bonn 2005.*
- *Seibt, Ferdinand: Die Begründung Europas, Schriftenreihe, Band 478, Bonn 2005.*
- *Weidenfeld, Werner: Die Europäische Verfassung verstehen, Schriftenreihe, Band 541, Bonn 2006.*
- *Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Staatswelt Europas, Schriftenreihe, Band 443, Bonn 2004.*
- *Weidenfeld, Werner und Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, 10. Auflage, Bonn 2007.*

INTERNETSEITEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Europa

- Allgemeine Information zur Europäischen Union
http://europa.eu/abc/index_de.htm
- Informationen zur EVP-Fraktion
<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp?lg1=de>

- Informationen zum Europäischen Parlament
<http://www.euoparl.de/>
- Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland
http://ec.europa.eu/deutschland/index_de.htm
- Rat der Europäischen Union
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?lang=de&id=1&mode=g&name=>
- Abgeordnete des Europäischen Parlaments (MdEP)
<http://www.mein-mdep.de/>
- CDU/CSU-Gruppe im EP
<http://www.cdu-csu-ep.de/>

Deutschland

- Offizielle Informationen zur EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im ersten Halbjahr 2007
<http://www.eu2007.de>
- Europaseiten des Auswärtigen Amts
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Uebersicht.html>
- Informationen zum Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag
<http://www.bundestag.de/ausschuesse/a21/index.html>
- EU-Präsidentschaftsprogramm „Europa gelingt gemeinsam“
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/EU-P/P-Programm.pdf>

Sonstige Organisationen

- Eine umfangreiche und verständliche Datenbank in mehreren Sprachen zur Geschichte der Europäischen Gemeinschaft/Europäischen Union, aufbereitet und zusammengestellt von der ENA, sehr gut geeignet für Lehrkräfte und als Nachschlagewerk
<http://www.ena.lu/mce.cfm>

- Europäisches Jugendportal
http://europa.eu/youth/index.cfm?l_id=de

- aktion europa
<http://www.aktion-europa.diplo.de/aktion-europa/de/Startseite.html>

- EurActiv.com
<http://www.euractiv.com/de/>

- europa-digital
<http://www.europa-digital.de/>

- europatermine.de
<http://www.europatermine.de/>

- Europa-Union Deutschland
<http://www.europa-union.de/>

- Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland
<http://www.europaeische-bewegung.de/>

- Europäisches Informations-Zentrum Niedersachsen
<http://www.eiz-niedersachsen.de/>

- Konrad-Adenauer-Stiftung
www.kas.de

HERAUSGEBER, AUTOREN UND MITARBEITER

Matthias Belafi M.A., geb. 1977 in Mutterstadt, ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter am Centrum für angewandte Politikforschung, München.

Dr. Eva Graef-Harter, geb. 1962 in Rothenburg ob der Tauber, ist freie Journalistin in München.

Dr. Frank Müller, geb. 1964 in Bonn, ist Historiker und Leiter der Abteilung Geschichte und Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

Dr. Melanie Piepenschneider, geb. 1962 in Braunschweig, ist Politikwissenschaftlerin und Leiterin der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

Dr. Reinhard Schreiner, geb. 1950 in Merzig, ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

Dr. Burkard Steppacher, geb. 1959 in Wiesentheid/Ufr., ist Politikwissenschaftler, Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung und Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln.

Professor Dr. Heiner Timmermann, geb. 1940 in Duisburg, ist Honorarprofessor für Europäische Geschichte der Universität Jena, Honorarprofessor für Europäische Studien an der Corvinus-Universität Budapest, Visiting-Professor an der International University Moskau und Mittelschwedischen Universität Sundsvall sowie Vorstandsvorsitzender der Akademie Rosenhof, Weimar.

Dipl.-Politologe Stephan Wilke, geb. 1975 in Hamburg, ist Politikwissenschaftler und arbeitet beim Deutschen Schwerhörigenbund.